

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. Dezember 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Lehrer und Sozialdemokratie.

Die Volksschule hat keinen zuverlässigeren und entschiedeneren Freund als das arbeitende Volk. Keine andere Klasse ist so eng und unmittelbar mit dem Wohl und Wehe — heute leider nur mit dem Wehe — der Volksschule verknüpft, wie die Arbeiterklasse. Sie allein betrachtet die Volksschule nicht als ein untergeordnetes Werkzeug religiöser, staatlicher oder wirtschaftlicher Zwecke, sondern sie sieht das große Ziel der Volksschule darin, dem ganzen Volke alle Bildungsmöglichkeiten zu erschließen. Da das durch die heutige Schule, die nur die dürftige Skizze einer wirklichen Schule für das Volk ist, nicht erreicht werden kann, sucht die politische Vertretung des arbeitenden Volkes, die Sozialdemokratie, durch energischen Kampf und durch Ausnutzung aller Mittel die Hebung der Volksschule zu erreichen.

Eine wirkliche Reform des Schulwesens an Haupt und Gliedern im Sinne des sozialistischen Erziehungsziels ist zwar erst nach Beseitigung der heutigen kapitalistischen Kultur zu erreichen. Die rücksichtslose Führung des Klassenkampfes ist deshalb nach wie vor auch zugleich die beste Schulpolitik.

Aber auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung sieht die Sozialdemokratie für die Volksschule soviel wie möglich zu erreichen. In den staatlichen und städtischen Körperlichkeiten, in denen die Sozialdemokratie vertreten ist, gibt es keinen wärmeren Fürsprecher aller Mittel zur Hebung der Schule wie sie: Sozialdemokraten sind fast überall die Befürworter und Verteidiger neuer pädagogischer Versuche; alle kleinen und großen Fortschritte des kommunalen Schulwesens sind mittelbar und unmittelbar ihr Werk; die pädagogische Wissenschaft findet bei ihr offenes Ohr und bereitwillige Unterstützung auf der einen, notwendige Antriebe auf der anderen Seite.

Auch auf die Lehrerschaft sucht die Sozialdemokratie einzuwirken. Es wäre eine unerbittliche Unterlassungssünde, wenn sie diesen großen und für die Entwicklung der Volksschule sehr einflussreichen Faktor unberücksichtigt lassen wollte. Bei der ganzen historischen Entwicklung der deutschen Volksschule und ihrer Lehrerschaft und bei der gebundenen Stellung der Lehrer im heutigen Staatswesen kann die Sozialdemokratie zwar für die nähere Zukunft noch nicht erwarten, daß die deutschen Volksschullehrer mit offenen Fahnen in ihr Lager einströmen. Dazu gehört sehr viel Mut, sehr viel Opferbereitschaft und eine gründliche Kenntnis des eigentlichen Wesens und Wollens der Sozialdemokratie.

In allem fehlt es zurzeit noch in der Lehrerschaft. Ruhete doch selbst der bekannte Leus auf der letzten Lehrerversammlung in Dortmund seinen Kollegen die Mahnung zuzurufen, daß sie sich die Betäubung abgemöhnen sollten. Von dieser Feigheit der großen Masse der Lehrer bis zu dem bescheidenen Mute des Herrn Leus, der immer sehr schnell ins Manuskript kriecht und hysterisch über Denunziation krächzt, wenn einmal eines seiner tapfer klingenden Worte von unserer Seite etwas unterstrichen wird, ist ein winziger Schritt gegenüber dem gewaltigen Sprünge, der von dem Leusischen Mute bis zu einem etwaigen offenen Bekenntnis zur Sozialdemokratie notwendig ist. Und noch mangelhafter als der Mut ist die Wissenschaft der Volksschullehrer über den Sozialismus. Daß diese Wissenschaft durch die neuingerichteten Kurse des Reichslehrenverbandes für Lehrer erheblich verbessert wird, ist kaum anzunehmen.

Die Sozialdemokratie muß eine ihrer Aufgaben darin sehen, diese Mängel nach Möglichkeit zu beseitigen. Diese Aufgabe wird dadurch erschwert, daß die Lehrer bis heute in politischer Beziehung nicht etwa neutral gewesen sind, sondern in ihrer großen Mehrheit zur Gefolgschaft des Liberalismus gehören, daß also nicht nur aufzubauen, sondern zuvor niederzureißen ist. In der achtundvierziger Bewegung gehörten die Führer der Lehrer zur äußersten Linken, und die Diesterweg, Wacker, Kapp, Thaulow, Hoffmann und andere haben sich damals in Wort und Schrift tapfer für die Befreiung der Schule von junkerlichem, bürokratischem und pfäffischem Drucke geschlagen. Als die siegreiche Reaktion ihre Rache an den Führern der Bewegung übte, froh die große Masse der Lehrer erbärmlich zu Kreuze, so daß wiederum Diesterweg und Wacker die Worte der Empörung ob solcher Gunde demut nicht bitter genug finden konnten.

Als sich in den sechziger Jahren wieder so etwas wie liberale Opposition im Bürgertum regte, hoben auch die Lehrer langsam und vorsichtig die Köpfe. Aber das Rückgrat war ihnen wie dem Liberalismus überhaupt gebrochen. Sie wagten höchstens, Sr. Majestät allergetreueste Opposition zu spielen; zu großen, entscheidenden und prinzipiellen Kämpfen ist es seitdem nicht mehr gekommen. Manehrte in prinzipieller Beziehung von dem Abfall aus der besseren Zeit der vierziger Jahre und ließ sich im übrigen an etwaigen bescheidenen und gefahrlosen Forderungen des Tages beteiligen. So bergab wie es mit dem Liberalismus im allgemeinen gegangen ist, so mit dem Lehrerliberalismus im besonderen; das gnädige Lächeln irgendeines obskuren preussischen Staatsbeamten, den das wechselvolle Gesicht zufällig auf den Pantoffeln des Schulministers überhaupft gelehrt hat, reißt die Lehrer zu offenen oder verschämten Liebeserklärungen hin; dagegen haben sie vor radikalen, kühn und hoffnungsvoll in die

Zukunft weisenden, grundsätzlichen Forderungen und Kampftätigkeiten stets eine ängstliche Abneigung.

Diese liberal befangene Lehrerschaft ist nicht leicht zu einer besseren Erkenntnis zu führen. Das einzige zuverlässige Mittel besteht darin, daß man an die Entscheidungen und öffentlichen Kundgebungen der Lehrerschaft die kritische Sonde legt und ihre Inkonsistenzen, ihre ängstlichen Vorbehalte, ihre feigen Rechungsstrategien an dem Maßstabe der sozialistischen Grundzüge und Taten aufdeckt. Man muß es dann der Zukunft überlassen, daß in der jüngeren Lehrerschaft, soweit sie nicht durch die Reservistenaussichten auf die Bahn erbärmlichen Strebens geleitet wird, allmählich die Erkenntnis der liberalen Unzulänglichkeit erwacht, und daß sie Herz und Verstand dem sozialistischen Ideal öffnet. Wenn der Beamtencharakter dem Lehrer auch große Vorsicht zur Pflicht macht, so deuten doch manche Anzeichen darauf hin, daß sich vereinzelt schon heute die Lehrerproletarier ihrer Gemeinsamkeit mit dem großen Heere des kämpfenden Proletariats bewußt werden.

Vorläufig suchen das allerdings die alten liberalen Führer der Lehrerschaft zu hindern. Allen voran der bekannte Herr Leus, der uns schon öfter die Feder in die Hand zwang. Leus beherrscht vorzüglich die Maße, und darum ist er seit vielen Jahren beliebter Führer der liberalen Lehrerschaft. Das Wort steht ihm in allen Formen und Farben zur Verfügung, vor allen Dingen versteht er es glänzend, nach liberaler Art mit vielen schönen Worten wenig zu sagen. Als wir ihm diese Eigenschaft auch nach seiner Dortmund Leitung attestierten, lobten die ihm ergebenen Organe wütend gegen uns. Ein Beweis, daß die Kritik ins Schwarze getroffen hatte.

In der letzten Nummer der „Deutschen Schule“, der Monatschrift des Deutschen Lehrervereins, versucht Herr Leus sich wiederum an der Sozialdemokratie zu reiben und die Volksschullehrer vor ihr abzuschrecken. Ein Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ und ein Artikel der — „Sozialistischen Monatshefte“ haben es ihm in gleicher Weise angetan. In beiden Artikeln wird auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß die deutschen Volksschullehrer, die es für selbstverständlich halten, daß die Sozialdemokraten ohne weiteres für jede ihrer Gehaltsforderungen eintreten, noch niemals ein offenes Wort für noch so bescheidene Lohnforderungen der Arbeiter gefunden haben. Diese für die Lehrerschaft sehr blamable Tatsache beweist nur, daß die organisierten Arbeiter ihre Entschlüsse nicht nach Günst und Unnade, sondern an der Hand von Grundsätzen fassen. Und Herr Leus und alle seine liberalen Lehrerkollegen sollten den Arbeitern dafür dankbar sein und ihr eigenes grundstaploles Handeln danach korrigieren.

Statt dessen aber wagt Herr Leus die unverdächtige Unterstellung, die Arbeiterblätter übten ihre gelegentliche Kritik an einzelnen Lehrern nur, um „ihre Popularität beim lächerlichen Mob aufzubessern“. Und in noch unverschämterer Weise fügt er hinzu:

„Und ob die Schule selbst auch nur bei allen Führern hoch im Kurse steht? Auch in der Sozialdemokratie gibt es Leute genug, denen das Denken der Masse unbrauchbar und der dogmengläubige Stauß besonders angenehm ist.“

Das wagt ein liberaler Schulmann und Politiker zu schreiben, der sich für besonders gebildet und politisch versiert hält! Und noch dazu nicht in irgendeinem obskuren liberalen Flugblatt, sondern in dem wissenschaftlichen Zentralorgan der deutschen Lehrerschaft.

Aber es kann eben keiner aus seiner Haut heraus. Herr Leus kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß auch seine geliebte liberale Partei die Schule von Tag zu Tag schmählicher im Stich läßt. Daß von den Konservativen für die Schule nichts zu erwarten ist, weiß er aus seiner besseren liberalen Vergangenheit. Bleibt nur die Arbeiterklasse, deren ehrliche und grundsätzliche Schulpolitik Leus zwar kennt, die er aber in gewissenloser Weise verleumert und verleumdet, um die Lehrerschaft vor ihr zurückzuführen.

Wie lange werden sich die deutschen Volksschullehrer noch den Hohn und die Brutalität von oben und den nichtsjagenden Schwab und den Verrat in den eigenen Reihen gefallen lassen? —

Die Fehler der Rixdorfer Freisinnsschmach.

Nachdem die „Freisinnige Zeitung“ sich endlich zu einer so unendlich zahnem Kritik der Rixdorfer Freisinnsschmach aufgerafft hat, bequemt sich jetzt auch die „Vossische Zeitung“ dazu, die Verantwortlichkeit für den schamlosen Gewaltstreich abzuschleimen. Das Blatt schreibt:

„Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß der Rixdorfer Reichstag für den Wahlrechtsbeschluss, wie der „Vorwärts“ selbst in seiner gestrigen Nummer zugeht, ganze fünf, sage und schreibe fünf, organisierte Mitglieder der freisinnigen Volkspartei“ angeführt haben, fünf unter vierzig bürgerlichen Stadtverordneten, die an der Abstimmung beteiligt waren. Die freisinnige Volkspartei hat keinerlei Grund, die Verantwortung für das Verhalten dieser ihrer fünf Mitglieder zu übernehmen. Sie hat mit der „Freisinnsschmach“ von Rixdorf nicht das mindeste zu tun. Daß einzelne Mitglieder einer Partei mitunter Wege gehen, die weder den Grundsätzen und dem Programm, noch den Wünschen der Mehrheit der Partei entsprechen, soll ja wohl auch

die Sozialdemokratie schon öftige Male erfahren haben. Sogar in Rixdorf selbst, wo einer ihrer Erwählten mit der Mehrheit für die Verschlechterung des Wahlrechts gestimmt hat. Wir halten den Beschluss für eine Verschlechterung des Wahlrechts, die weder nach ihrem Inhalt, noch nach der Form, in der sie vorgenommen wurde, zu rechtfertigen ist. Weder die Besorgnis vor einer zufälligen sozialdemokratischen Mehrheit begründet diese Forderung, noch wohl man gelinde zweifeln kann, ob die Sozialdemokratie, selbst wenn sie in der Mehrheit wäre und die Erhaltung dieser Mehrheit bedroht sähe, vor Gewalttaten zurückzureden würde; noch kann die Überzeugung, die Durchsetzung des Antrages unmittelbar vor der Verzögerung der Versammlung, gebietet werden. Wir sind überzeugt, daß der Vorstand der freisinnigen Volkspartei aus dieser Beurteilung des Rixdorfer Vorganges kein Hehl machen, sondern ihn unabweisend verurteilen wird, nachdem der Sachverhalt festgestellt ist. Von den Angriffen, mit denen die Sozialdemokratie alsbald gegen den gesamten Freisinn bei der Hand ist, bleibt dieser völlig unberührt.“

Auf so wohlfeile Art wird der offizielle Freisinn der Mühsal für den schamvollen Prinzipienverrat des Rixdorfer Freisinn nicht ledig! Es ist ein arges Stück Heuchelei, wenn die „Vossische Zeitung“ sich damit herandrehen will, daß unter den Wahlrechtsänderern ja „nur“ fünf organisierte Freisinnige gewesen seien. Die „Vossische Zeitung“ weiß so gut wie wir, daß der Freisinn in Rixdorf nicht so stark vertreten ist, daß die Mehrheit der Wahlrechtsänderer eingeschriebene freisinnige Parteimitglieder sein könnten. Es handelt sich also nicht darum, daß „nur“ fünf organisierte Freisinnige für den Wahlrechtsraub gestimmt haben, sondern das ungeheure Schimpfliche für den Freisinn besteht darin, daß nicht ein einziger Freisinniger gegen den schamvollen Wahlrechtsraub gestimmt hat! Die fünf Mann genügt gerade, um den Wahlrechtsänderern die Mehrheit zu sichern! Hätten sich auch nur die eingeschriebenen Mitglieder der Rixdorfer Freisinnorganisation der Stimme enthalten, so wäre der Angriff auf das Wahlrecht abgeblieben gewesen. Gerade die freisinnigen Stadtverordneten also waren es, die der reaktionären Schandtat das Siegel aufdrückten!

Die „Vossische Zeitung“ spricht die Erwartung aus, daß der freisinnige Verein in Rixdorf den freisinnigen Kommunalvertretern seine Mißbilligung ausspreche. Mit solch wohlfeiler Verleugnung der Freisinnreaktionäre ist es aber nicht getan! Die freisinnige Organisation hat vielmehr die Verpflichtung, die Wahlrechtsänderer mit Schimpf und Schande aus der Organisation hinauszuwerfen! Sollte die lokale Freisinnorganisation verlangen, so hat die zentrale Organisation die Verpflichtung, die pflichtvergeßene Lokalorganisation dazu zu zwingen!

Aber selbst das wäre ein zu spätes Eingreifen. Hatte denn die freisinnige Organisation gar keine Ahnung von der Absicht der freisinnigen Stadtverordneten? Das ist kaum glaublich! Warum griff sie dann aber nicht gleich bei der ersten, sei es auch inoffiziellen Kunde, von dem schamvollen Wahlrechtsantrag mit allem Nachdruck ein? Wahrscheinlich deshalb nicht, um den Wahlrechtsraub erst zu ermöglichen! Eine verspätete sittliche Entrüstung macht sich ja dann so schön und kostet nicht das geringste!

Aber von den Rixdorfer Freisinnsmännern ganz abgesehen — wie häufig haben sich die großen offiziellen Organe des Freisinn benommen! Die zaghafte, lauwarme, armselige Art der Kritik durch die „Freisinnige Ztg.“ und die „Voss. Ztg.“ sprechen Bände! Hinzu kommt noch die unfähig alberne Zustimmung der „Vossin“, auch die Sozialdemokratie würde in gleichem Maße ebenso gewissenlos ihre Prinzipien mit Füßen getreten haben, wie der Rixdorfer Freisinn. Die allerdümmste Entschuldigung ist also der „Voss. Ztg.“ gerade gut genug, um die schamvolle Haltung ihrer Rixdorfer Burschensfreunde zu beschönigen! Ebenso jämmerlich ist die Haltung des am weitesten links stehenden Organs des Freisinn, der „demokratischen“, „Frankf. Ztg.“. Dies Organ der Freisinnpresse quält sich folgende Mißbilligung ab:

„Es ist begreiflich, daß die Sozialdemokraten sehr erregt. Die bürgerlichen Stadtverordneten haben zwar nur von einem Rechte Gebrauch gemacht, das ihnen zustand, aber andererseits ist doch dadurch auch ein Recht, das bis dahin den Rixdorfer Sozialdemokraten nur theoretisch verklärt war, nun praktisch vermindert worden. Gedauerlich ist es, daß auch freisinnige Stadtverordnete diese Sache mitgemacht haben. Es gibt Rechte, die man besser nicht anwendet, und fäherlich gehören dazu alle die Rechte, deren Ausübung mit der gesamten politischen Richtung der Ansiehenden nicht im Einklang steht. Man wird nicht bestreiten können, daß das der Fall ist, wenn Freisinnige von einer Möglichkeit, den Massen das Wahlrecht zu verkürzen, Gebrauch machen.“

Daß eine solche Art der „Verurteilung“ den freisinnigen Geldsackvertretern nur Mut machen kann, die schändlichen Beispiele von Gasse und Rixdorf nachzuahmen, liegt auf der Hand!

Die Freisinnpresse kann sich für die scharfen Angriffe durch die Sozialdemokratie und die Wack-Gruppe an dem Lobe schloßlos halten, das ihr die Scharfmacherpresse spendet. Wie gestern die „Post“, so spendet heute die „Deutsche Tageszeitung“ den freisinnigen Helfern des Wahlrechts ihre Anerkennung:

„Zur Annahme des Ortsstatuts war aber eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Um diese Zweidrittelmehrheit herzustellen, bedurfte es des einstimmigen Zusammengehens aller nichtsozialistischen Stadtverordneten. Und diese Einstimmigkeit ist vorhanden gewesen. Keiner hat dem neuen Ortsstatut seine Stimme verweigert.“

Die Inserations-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Adressen ober deren Nummer 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Man sieht, die Junker und Scharmacher betrachten die Kom-
munale Sozialpolitik nur als eine logische Konsequenz
der parlamentarischen Sozialpolitik. Daß der Freisinn
selbst im Grunde keine andere Auffassung hegt, beweisen der
niederträchtige Streich in Metz und die durchsichtigen Heisterbrunne,
die die offizielle Preissenspresse den freisinnigen Mod-
handlangern in Metz leistet!

Kaiserliche Selbstbeschränkung.

Seit das deutsche Volk offen zu erkennen gegeben hat,
daß es mit den politischen Leistungen des persönlichen Regiments
unzufrieden ist und diese ziemlich gering einschätzt, ist in der kaiser-
lichen Familie eine entschiedene innere Umkehr erfolgt, die
allerdings wesentlich durch die Entdeckung gefördert worden
ist, daß die kostspieligen Reisen und Schloßankäufe enorme
Summen verschlungen haben und, wenn Einkünfte und
Ausgaben des kaiserlichen Haushalts wieder einigermassen
ins Gleichgewicht gebracht werden sollen, notwendig gespart
werden muß. So ist man denn darauf verfallen, die Schloß-
Verträge und Jägerhof zu verkaufen: eine Absicht, die leider
nur dadurch vereitelt wird, daß die Krone gar nicht Eigen-
tümerin der beiden Schlösser ist, sondern diese vielmehr, wie
aus den Grundbüchern hervorgeht, dem preussischen Staate ge-
hören und lediglich der Krone gegen Erstattung der laufenden
Unterhaltungskosten zur Nutzung überlassen worden sind. Auch
das Kronprinzenpaar spart. Ihm war bekanntlich das Marmor-
palais in Potsdam zu klein geworden. Deshalb sollte ein
neuer, prächtiger Palast in Babelsberg erbaut werden. Die
Krone hatte ein Palais auf dem Leipziger Platz, in dem die
Prinzessin Friedrich Karl gewohnt hatte, für den Preis von
über drei Millionen Mark verkauft, und dieses Geld sollte für
den Bau des neuen Kronprinzenpalais verwendet werden.
Wie eine Korrespondenz aus Hofkreisen erfährt, unterbleibt
jedoch nun der Dreimillionenbau in Babelsberg, trotzdem be-
reits große Vorarbeiten für ihn getroffen und schon große
Bestellungen moderner Möbel für das neue Kronschloß gemacht
worden sind, die im Marmorpalais gar nicht Raum finden könnten.
Zugleich wendet man sich in der kaiserlichen Familie ernst-
lich, mit der Inlands- und Auslandspolitik nicht zu
sammenhängenden Arbeiten zu. Der Kronprinz beschäftigt sich
mit Mechanik und Technik. Bereits hat er Dampfmaschinen
erfunden; die Kronprinzessin zeigt Interesse für die Mühner-
zucht, und der Kaiser selbst widmet sich mehr militärischen
und künstlerischen Angelegenheiten, wie die nachfolgenden
durch einen Teil der Presse gehenden Mitteilungen be-
weisen:

Die Berliner Meldung lautet:

„Der Kaiser hat aus Anlaß eines besonderen Falles bestimmt,
daß bei den von Veteranen, Krieger- und Regimentvereinen ge-
führten Fahnen das Fahnenstück nicht mehr wie bisher vielfach mit
dem linken, sondern mit dem rechten Bande der den preussischen
Edler tragenden Haupt- bzw. Paradedecke am Fahnenstiel be-
festigt werden soll. Durch den preussischen Minister des Innern
sind die Oberpräsidenten ersucht worden, auf die Durchführung
dieser Verfügung zu achten.“

Die andere aus Wochum lautet:

„Einem Vergmann wurde von der Raddeder-Jahresverwaltung
mitgeteilt, daß Wilhelm II. ein Gebetsblatt entworfen hat, das an
die Hinterbliebenen der bei der Stenografen-Katastrophe verunglückten
Arbeiter unentgeltlich abgegeben wird.“

Jedenfalls vermögen solche Arbeiten nicht ähnliche Un-
stimmigkeiten zu erregen, wie die Beschäftigung mit der Aus-
landspolitik.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Dezember 1908.

Gammann und Bülow.

Das Gerücht, das Herr Riberlen-Baercker mit seiner naiv-
romantischen Verteidigung der Leistungen des Auswärtigen Amtes im
Reichstage erzielte, hat die „N. pol. Kor.“ zu dem seltsamen Schrei
aufgestoßen, diesen „fähigen“ Diplomaten noch um einige
Grade von Nützlichkeit zu bereichern. Sie veröffentlicht folgenden
Vorschlag auf das offizielle Preßbureau und das auswärtige Amt:

Die Stellungsmessungen von Veränderungen im Auswärtigen
Amt, insbesondere bei der Prehabilitation, sind nach der „Neuen
politischen Korrespondenz“ zum mindesten verfehlt, und was die
Personenbenennung dabei betrifft, nicht zureichend. Wahrscheinlich
ist allerdings, daß die Prehabilitation um einige Mitglieder vornehm
und daß der Leiter derselben, Herr Legationsrat Dr. Gammann,
zum Ministerialdirektor ernannt werden wird. Dies wäre bei der
großen Bedeutung der Abteilung nicht mehr wie recht und billig, und es
wäre außerdem eine erfreuliche Vergütung für Geheimrat
Gammann nach den üblichen Anwürfen, denen er in jüngster
Zeit angelehnt gewesen ist. Neben die Prehabilitation selbst und
über ihre außerordentlich schwierige und umfangreiche Arbeit macht
man sich recht falsche Begriffe, indem man immer von der
Anschauung ausgeht, als wenn es sich dabei lediglich
darum handele, den Zeitungen Notizen zu geben
und für den Reichskanzler oder sonstige maßgebende
Persönlichkeiten Stimmungen zu machen. In Wirk-
lichkeit hat die Prehabilitation die gesamte Presse des Auslandes
zu kontrollieren und zu verhindern, in dieser die nötige
Klarheit über die deutsche Politik zu verbreiten. Dann umfaßt die
Prehabilitation das umfangreiche Gebiet
der Telegrammen-Kontrollen und erstreckt in dieser
Beziehung ihre Tätigkeit über den gesamten kultivierten Erdkreis.
Von des weiteren die Reorganisation des Auswärtigen Amtes,
von der andauernd in der Öffentlichkeit geredet wird, eine Frage
ist, die sich nur nach der obersteigendsten Prüfung und nicht
von heute auf morgen erledigen läßt, liegt auf der Hand.
Die beim deutschen Auswärtigen Amt eingeführte Einteilung nach
Materien in eine politische Abteilung, eine Handelsabteilung und
eine juristische hat sich im allgemeinen bewährt. In anderen
Staaten wird der Stoff nach Ländern bearbeitet und nicht nach
der Materie getrennt.

Im übrigen hat ganz zweifellos unser Auswärtiges Amt,
das ja in seinen Anfängen noch bis auf die Zeit vor Bismarck
zurückgreift, stets Gütes und Tüchtiges geleistet, und
der Sturm auf diese Behörde, weil die bekannte einmalige Ent-
leistung unlängst stattgefunden hat, ist nicht weniger wie am
Platz. In der Hauptsache werden in dieser wie in allen Be-
hördet allerdings immer die Persönlichkeiten das Entscheidende sein.

Das Kuriosste ist, daß sich verschiedene Blätter gefunden haben,
die diese Prehabilitation ihren Lesern ohne Kommentar aufzählen;
allerdings sind diese Blätter auch danach. Es sind nämlich die
„Staatsbürger-Ztg.“, das „Reich“ und die „Berliner Revue-Nachr.“,
deren Chefredakteur, Herr B. v. Radowitz, bekanntlich eine leitende
Stellung im „regenerierten“ Preßbureau finden soll. Auch die
„National-Ztg.“ übernimmt die Rolle, doch läßt sie, da ihr der
Sinn für Heimtück nicht ganz abhanden gekommen ist,
wenigstens den letzten Witz, der von dem Guten und Tüchtigen
des Auswärtigen Amtes spricht, fallen. Diese Roboterhebung
scheint selbst ihr augu-benmäßig vorgekommen zu sein.

Romisch ist vor allem, daß sich die „N. pol. Kor.“ nicht begnügt,
die Beförderung des Herrn Dr. Gammann zum Ministerialdirektor
damit zu begründen, daß das offizielle Preßbureau nicht nur
an die Zeitungen Notizen gibt und für den Reichskanzler
Stimmungen macht, sondern daß es auch in die Auslandspreffe
der deutschen Regierung genehme Mitteilungen hineinlanciert und
abends die Depeschen des Wolffischen Bureaus korrigiert. Das ist
allerdings, wie die Erfahrungen beweisen, eine so segensreiche
Tätigkeit im Dienste der vaterländischen Interessen, daß nicht nur
die Beförderung des Herrn Gammann zum Ministerialdirektor,
sondern auch die Auszeichnung der ihm untergeordneten journa-
listischen Größen mit schönen Titeln gerechtfertigt ist. Was sollte
auch Bülow ohne seinen Stimmungsgeber Gammann, und Gammann
ohne seinen glütigen Bülow anfangen.

Umsinn?

Die „Hilfe“ des Herrn Raumann erörtert den Fall
Schäding. Sie spricht ihr Bedauern darüber aus, daß
Schäding, der durch sein Buch über die Reaktion das Kampfs-
panier so mutig und schneidig aufgerollt habe, vorzeitig
resigniert habe, statt den Fall bis zu den letzten
Instanzen durchzuführen. In der Presse sei allerdings die
Behauptung aufgetaucht, Schäding sei von seinem Amte zurück-
gelassen worden sei. Das sei natürlich „Umsinn“. Denn der Ab-
geordnete Traeger habe sich erboten, bei der Erörterung im Namen
der liberalen Partei den Fall Schäding zur Sprache zu bringen.
Der Name Traegers bürge aber hinreichend dafür, daß das in einer
der Bedeutung der Sache angemessenen Weise geschehen sein würde.

Die ehemals nationalsozialen, jetzt blockfreisinnige „Hilfe“ hat
sich also schon vollständig der feigen Jesuiterei des offiziellen
Freisinn angepaßt. Daß Schäding vorzeitig resignierte, lag
sicherlich nicht daran, daß er Herrn Traegers Rede nicht für aus-
reichend gehalten hätte, sondern daran, daß der Freisinn echt block-
rechnungsträgerisch die Interpellation Schäding feigerweise
verschoben und in seiner Presse überhaupt eine so block-
feindliche Haltung eingenommen hatte, daß dem nicht
gerade willigerhast kampfscheuigen Herrn Schäding alle Lust zur
Fortführung des Kampfes vergehen mußte.

Daß die Rede des Herrn Traeger eine „angemessene“ gewesen
sein würde, daran ist nicht zu zweifeln. Aber Herr Traeger
ist alles andere als der Repräsentant des Block-
freisinn! Er, der von allem Anfang an den Block als die
„Paarung von Karpfen und Kaninchen“ mit dem heidnischen Hohn
überworfen hat, steht mit seinen Anschauungen im Blockfreisinn
völlig isoliert. Das ist der Regierung und der Reaktion nicht
weniger bekannt als der übrigen Welt! Herrn Traegers Rede wäre
also nichts gewesen als eine Konzeption des Freisinn an den
Senior der Partei. Irgendwelche oppositionelle Energie
aber hätte nicht hinter der Rede gestanden! Der Freisinn würde
sich auf jeden Fall damit begnügt haben, durch einen Mann, der
eigentlich nicht zu ihm gehört, und durch dessen Rede
er sich zu nichts verpflichtet, nach außen hin eine
platonische Demonstration unternommen zu haben!

Das wußte auch Herr Schäding und deshalb
streckte er die Waffen. Er brachte damit dem Freisinn
noch ein letztes Opfer. Denn nachdem Schäding nun-
mehr „freiwillig“ verzichtet hat, liegt ja für unseren
gestimmungstüchtigen Freisinn nicht mehr die geringste Ursache vor,
mit der Reaktion wegen der Mahregelung des freisinnigen Bürger-
meisters in Hader zu geraten!

Der gestimmungstüchtigsten Grabrede des Herrn Traeger
werden jetzt also selbst die Glemer und Mugdan nicht das geringste
mehr in den Weg legen können! —

Agrarische Sozialpolitik.

Den „Rollebenden“ mit einem Witz von über oder unter
500 Hektar paßt bekanntlich die Unfallversicherungsgesetzgebung nicht
in ihre eigenartige „Heimats- und Wohlfahrtspolitik“. Wie sie be-
haupten, kann die arme Landwirtschaft die Unfallrentenkosten nicht
tragen. Die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wies-
baden, die dieser Tage ihre 14. Plenarversammlung abhält, hat
sich deshalb lang und breit mit der Frage beschäftigt, wie
diese Lasten ermäßigt werden könnten. Vorschlag wurde
die Befreiung der kleinen Renten, der Entschädigung für
Hausunfälle, die Herabsetzung der Grenze für die Zwangs-
versicherung von 2000 auf 1000 Mark und das Anheben
der Altersentschädigung bis zur Schenkentafelung. Nach dieser
Richtung soll eine Änderung der Reichsgesetzgebung angestrebt werden,
ebenso nach der Richtung der Verbilligung der Verwaltungskosten,
die sich im letzten Jahre in Hessen-Kassau auf 312 000 M. be-
laufen haben. In Anbetracht der Verschiedenheit der in der Debatte
zur Geltung gebrachten Gesichtspunkte wurde das Material dem
Vorstande zur Bearbeitung hingewiesen.

Die Herren Agrarier fluchen vergnügt die reichen Profite ein,
die ihnen die Wirtschaft- und Sozialpolitik der Jahre 1902—1904 in
den Schoß wirft. Das Tragen der Lasten aber überlassen sie auf
sozialpolitischem wie auf steuerpolitischem Gebiet gerne anderen. —

Liberalismus und Bodenwucher.

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Seit Wochen tobt jetzt
hier der Kampf um die Grundsteuer nach dem gemeinen Werte, die
in familiären Großstädten Preussens mit Ausnahme von Witten und
Halle a. S. durchgesetzt worden ist. In den bürgerlichen Kom-
munalvereinen, die sich liberal nennen, kam der Widerstreit der
Interessen der Mieter und der Hausbesitzer, die sich im Schlepptau
der Bodenbesitzer befinden, schon zum Ausdruck, und die liberalen Mieter
kündigen den Vereinen die Freundschaft. Dabei ist es, daß auch der „liberale“
Reichstagsabgeordnete Schmidt, um den sich jetzt
die ganze Blockfreiheit wirt, als Feind der modernen
Steuer antritt! Als nun in der letzten Stadtverordnetenversammlung
die Steuer endgültig zur Beratung stand, waren die liberalen Haus-
agrarier, die den der „gefeierten“ Städteordnung die Majorität
haben, Mann für Mann angetreten, und die Folge war, daß die
Steuer mit 41 gegen 20 Stimmen abgelehnt wurde!
Unsere Partei, die selbstverständlich die Steuer befürwortete, kam
mit dem Ausgang der Sache trotzdem zufrieden sein, weil die Ab-
stimmung Klarheit schafft!

Standalktionen im Oldenburger Landtag.

Zu turbulenten Szenen im oldenburgischen Landtag kam es in
der Schlußsitzung am Dienstag. Der Mehrheitsbericht
über das Wahlgesetz war fertiggestellt und sollte verlesen
werden. Aus eigener Machtvollkommenheit hatte im letzten Augen-
blick der Berichterstatter der Minderheit für
die Pluralwahlrechtsanträge — der agrarische
Abgeordnete Halben — die Verteilung des Berichtes der
Registrierung unterzogen. Dieser unerhörte Eingriff in die
Rechte der Geschäftsführung führte zu äußerst heftigen
Debatten. Von agrarischer Seite wurde dieses Gebaren damit zu
rechtfertigen versucht, daß es dem Berichterstatter der Minderheit bis-
her an Zeit gemangelt habe, seinen Bericht fertigzustellen, der Mehr-
heitsbericht aber, der die Pluralwahlrechtsanträge enthalte, nicht ohne
Begründung der Stellungnahme der Minderheit in die Welt hinaus-

gehen dürfe. Von sozialdemokratischer und liberaler Seite wurde
das Verhalten der Agrarier mit aller Schärfe gebrandmarkt und als
Wache und Anstößigkeit bezeichnet, insoweit zu dem Zwecke, die
Verteilung des Mehrheitsberichtes vor Neujahr aus-
sperren, und der Schriftführer — der Abgeordnete Boh — dem
allein die Verteilung der Berichte untersteht, unter lebhaftem Beifall
und großer Bewegung sein Schriftführeramt nieder-
legte.

In erbitterter Stimmung ging darauf der Landtag in die
Weihnachtsferien. —

Eine Hiobshofi aus Südwestafrika.

Den bereits gemeldeten Ueberfällen in Südwestafrika,
denen auch mehrere Menschenleben zum Opfer fielen, ist eine
ganze Kette weiterer Ueberfälle durch eine oder mehrere an-
scheinend wohlorganisierte Hottentottenbanden gefolgt. Amstich
wird darüber gemeldet:

Am 19. Dezember überfielen 33 übergetretene Hotten-
totten bei Springpütz eine Jagdgemeinschaft, welche aus dem Farmer
Struller auf Springpütz und drei Buren bestand. Der Bure Dörner
wurde erschossen, fünf Gewehre, viel Munition und drei Pferde
wurden von den Hottentotten erbeutet. Der Feind wich nach
Norden aus.

Am gleichen Tage wurde die Farm Fettkluft (etwa
vierzig Kilometer westlich Dabignab) von zwanzig bis dreißig,
mit Gewehren, Pistolen und berittenen Hottentotten
überfallen. Die Führung hatte wahrscheinlich Abraham
Koff, ein Unterkapitän Norengas. Außerdem bestand
die Bande wohl hauptsächlich aus Norengaleuten, die beim
Transport von Warmbad zum Eisenbahnbau bei Gröndorff
früher entlaufen waren. Die Farmer Schmiedeke, Rube und
Boles sind gefallen, erbeutet wurden von den Hottentotten
verschiedene Jagdbüchsen und zwei Pistolen; fünf Pferde und
einiges Kleinvieh wurden nach der Grenze abgetrieben.

Ferner wurde am 18. d. M. die Pferdewache der 6. (Ge-
birgs-) Batterie bei Heibamm am Osiabhang der großen Karra-
berge durch Hottentotten angegriffen, wobei Sergeant
Fehlberg, früher Infanterie-Regiment Nr. 67 (Geldsich) und
Reiter Zimmermann, früher Pionier-Bataillon Nr. 8 (Cruis- und
Kadenbach) fielen; sieben Pferde, neun Kautiere, drei Ochsen
wurden geraubt. Tags darauf wurde eine leere Karre derselben
Batterie bei Fettkluft gleichfalls von Hottentotten überfallen, wobei
Reiter Bahde, früher Jägerbataillon-Regiment 11, fiel; Waffen und
Munition nebst Viehspannung wurden geraubt. Am 20. d. M.
früh auf den Viehposten Hottentotten (bei Ilkamas) der 6. (Gebirgs-)
Batterie durch 15—18 Hottentotten ausgeführter Ueberfall wurde
von der Besatzung ohne Verluste abgewiesen. Drei Hottentotten
wurden schwer verwundet.

Ob die genannten Ueberfälle von ein und derselben Bande
herrühren, ist bis jetzt nicht festgestellt. Der Kommandeur des
Südbesirzes (Kreimanshoop), Major Baercke, hat mit den in
der Nähe postierten Teilen der Schutztruppe sofort die Ver-
folgung der Räuberbanden ausgenommen. Das Ergebnis ist
noch nicht bekannt.

Sieben Zivilisten und Soldaten sind also bereits ge-
fallen und die Verfolgung wird bei der kriegerischen Tätigkeit
der gut bewaffneten und mit reichlicher Munition ver-
sehenen Hottentotten sicherlich weitere Opfer kosten!

Die Balkankrise.

Die Verhandlungen.

Konstantinopel, 23. Dezember. Die Hofe ernannte den
Handelsminister Muradogian zum Delegierten für die Ver-
handlungen mit Oesterreich-Ungarn. Wie der „Idon“
meldet, wird der Minister heute die Forderungen der Türkei fest-
stellen. Dasselbe Blatt erklärt, die Abreise des Botschafters am
Wiener Hofe, Reichs-Botschafter, auf seinen Posten sei eine Folge der
Eröffnung der Unterhandlungen.

Die Oesterreichisch-ungarische Regierung erklärt, daß sie sich auf
eine Erörterung türkischer Ansprüche auf Geldentschädigung
bisher überhaupt nicht eingelassen hat.

Die russische Antwort.

Wien, 23. Dezember. Hier betrachtet man die russische Antwort
als eine Art Abbruch der direkten Verhandlungen
zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland. Rußland ist erst dann
wieder geneigt, in direkte Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn
einzutreten, wenn Oesterreich-Ungarn mit allen anderen Signatar-
mächten des Berliner Vertrages zu einer Uebereinstimmung der
Frage der Annexen Bosniens gelangt sein wird. Infolgedessen
sollen die direkten Verhandlungen zwischen Petersburg und Wien
enden. Es erscheint fraglich, ob Rußland noch eine Konzession
wünscht.

Schweiz.

Sozialpolitisches.

Bern, 19. Dezember. (H. Ver.) Der Ständerat hat ein
Sitzgen in Sozialpolitik gemacht. Nachdem der Bundesrat vor
einiger Zeit eine statistische Untersuchung der Hausindustrie und
ebenso die amtliche Veranstaltung einer Heimarbeitserhebung ab-
geschlossen hatte, legte er ins Budget pro 1909 den Betrag von
5000 Fr. als Beitrag für die Kosten der von der
organisierten Arbeitervereine beschlossenen Heim-
arbeitserhebung, die auch der Ständerat bei der Budget-
beratung bewilligte. Ferner behandelte er die kleine Vorlage
betreffend die Förderung des Arbeitsnachweises mit
finanzieller Unterstützung durch den Bund. Es
ist hier namentlich der Streikartikel, der eine für die Arbeiter
sehr befriedigende Form erhielt. Die Bundesräte Vorlage
enthielt, was in der Praxis bereits besteht, daß nämlich die Arbeits-
ämter die Arbeitslosen von Streiks, Sperren und Aussperrungen
informieren lassen, während die Arbeitsvermittlung auch für die
von denselben betroffenen Betriebe fortzusetzen ist. Es war der
katholische Vertreter und Regierungspräsident Pithon des Kantons
Freiburg, der die Streichung der Sperre und Aussperrung be-
antworte, was auch beschlossen wurde, so daß nur von den Streiks
Mittelung zu machen sei. Die Vorlage geht nun noch an den
Nationalrat und vielleicht gelingt es hier den sozialdemokratischen
Abgeordneten die Vorlage wieder herzustellen. Inwiefern wird es
Sache der Arbeitervereine in den Kommissionen der
Arbeitsämter sein, Verschlechterungen der bestehenden Reglemente
zu verhindern.

Frankreich.

Für den Frieden.

Auf Betreiben von Jaurès kommen heute in der französischen
Kammer noch die Nachttagssitzung für Marolle zur Beratung. Der
Zweck, den Jaurès damit verfolgt, geht aus seinem Brief in der
„Humanité“ hervor, in dem er heißt: „Unser Zweck ist ein doppelter:
wir wollen erstens die Liquidation des Marolle-Unter-
nehmens beschleunigen, und wir wollen dann in einer Stunde,
die wieder neue Zeichen von Herdosität in deutschen und französischen

Wittern deutlich werden läßt, die Notwendigkeit einer dauernden Annäherung zwischen den beiden Völkern betont. Beide sind durch traurige Erinnerungen getrennt, aber sie müssen einig werden, um gemeinsam am Werke des Friedens und der Zivilisation zu arbeiten. Wir wollen noch einmal versuchen, die deutsch-französische Verständigung vorzubereiten, die eines der Elemente europäischer Harmonie und eine Grundbedingung friedlicher Weiterentwicklung der Völker ist. Die Barockoffäre ist für diese Bestrebungen ein gefährlicher Giftstoff. Das Gift muß entfernt werden. Daß die deutsche Sozialdemokratie sich mit den Bemühungen ihrer französischen Genossen völlig einig weiß, bedarf nicht erst besonderer Betonung.

Türkei.

Aus dem Parlament.

Konstantinopel, 22. Dezember. Deputiertenkammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Verlesung der von den Parlamenten fast aller Nationen eingetroffenen Telegramme fortgesetzt. Unter den Glückwünschen befand sich auch eine große Reihe solcher von Korporationen und Privatleuten aus allen Ländern. Bei der Verlesung des Telegramms der in Paris lebenden persischen Flüchtlinge erhob sich die Verarmung auf den Vorschlag der Ulema, um dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß die persischen Freiheitskämpfer baldigst ihr Ziel erreichen möchten. Der Antrag eines Deputierten, die Antwort auf den Glückwunsch Englands besonders warm zu redigieren, erregte lebhaften Widerspruch. Die Türkei dürfe keine Unterschiede machen, alle Mächte seien ihre Freunde und sie müsse mit allen in Frieden leben. Der Präsident bemerkte dann, die Redaktion der Antworten werde die Aufgabe einer Kommission sein. Die Kammer beschloß sich sodann mit Wohlprüfungen. In der morgigen Sitzung erfolgt die Präsidentenwahl. Die Wahl Ahmed Rifas erscheint sicher. Der Senat hielt heute ebenfalls eine Sitzung unter dem Vorsitz Said Paschas ab.

Vom Mittwoch wird dem „Berl. Tagebl.“ aus Konstantinopel gemeldet: In der heutigen Sitzung des Parlaments wurden zunächst weitere Wahlprüfungen vorgenommen. Als ein Abgeordneter aus Situa sich gegen den Vortritt, er sei ein Mörder, verteidigte, und mit den Worten begann: „Unter dem Schatten Seiner Majestät des Sultans...“ erhob sich ein allgemeines Lachen und Pfeifen. Darauf trat eine Pause ein.

Nach Wiederannahme der Verhandlungen schritt die Kammer, da inzwischen zwei Drittel der Mandate bestätigt worden waren, zur Präsidentenwahl. Bestimmungen gemäß wurden 3 Kandidaten gewählt, von denen der Sultan den Präsidenten ernannt. Die Wahl ergab den völligen Sieg des jungtürkischen Blocks, dessen drei Kandidaten gewählt wurden. Die größte Stimmenzahl erlangte Ahmed Riza Bey; ferner wurden gewählt Kami Bey und Emroullan Effendi.

Venezuela.

Der Sturz Castros.

Castros Befestigung erteilt überall Verleumdung. Sowohl in den Vereinigten Staaten als in Holland hofft man mit der neuen Regierung bald zu einem normalen Einberufen zu gelangen. Der frühere Minister des Auswärtigen Paul wurde beauftragt, nach Europa zu reisen, um alle mit unwürdigen Mächten bestehenden Differenzen beizulegen. Castros Sturz kommt auch rechtzeitig genug, um die deutsche Diplomatie und die deutschen Industriellen vor zweifelhaften Geschäften zu bewahren.

Die Anhänger des neuen Machthabers Gomez stellen es so dar, als ob der Sturz Castros nur die Folge einer Verwirrung der Anhänger Castros gewesen sei, die sich gegen Gomez gerichtet habe. Aus Caracas wird darüber gemeldet: Die Vorjäger hielten am Freitag in der Wohnung des Generalsekretärs des Castroschen Kabinetts, Garbino Guzman, welches mit der Wahrung der Angelegenheiten Castros betraut worden war, eine Versammlung ab. Die Verschwörer planten einen Staatsstreich und beschloßen, den Vizepräsidenten Gomez, den Minister des Auswärtigen Paul, den General Capilla und eine Reihe anderer hochstehender Persönlichkeiten zu ermorden und dann die Regierung zu übernehmen. Mit der Ausführung des Planes wurde Torres Cardenas, ein ehemaliger Privatsekretär Castros und Führer der Verschwörung, betraut. Gomez erfuhr von der Verschwörung; er begab sich allein in die Kaserne zu einem meutenden Regiment, das unter dem Kommando von Castro Bruder stand, und verhaftete diesen sowie später Torres Cardenas. Die Verhaftung der übrigen Verschwörer erfolgte mit Hilfe von Gomez' Freunden. Auf der Plaza Solida gab die Menge in lauten Kundgebungen ihrer Genugtuung über die Wendung der Dinge Ausdruck.

In einer Proklamation an das Volk schildert Vizepräsident Gomez die Aufhebung des gegen ihn gerichteten Komplotts und verspricht mit Hilfe seines die öffentliche Meinung Venezuelas repräsentierenden Kabinetts Hochachtung der in der Verfassung vorgesehenen Garantien und friedliche Beilegung der internationalen Streitigkeiten. Alle politischen Gefangenen wurden freigelassen.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Genosse Dr. Viktor Adler-Wien hat am 3. d. Mts. im Reichsrat eine Rede gehalten, die in vorzweifelhafter Weise den eigenen Willen des internationalen Proletariats zum Ausdruck gebracht hat. Was er da im Namen der Arbeitermassen aller Nationen kund gegeben hat, ist ein Schlag ins Gesicht der nach Blut sehrenden Reaktionen. Die Wiener Volksbuchhandlung hat nun diese aktuelle Rede in Form einer Broschüre gekleidet, die den Titel: „Für die Nationen! Wider die nationalistischen Hege!“ trägt und 10 Pf. kostet.

Los von der Kirche! Unter diesem Titel erschien in A. Hoffmanns Verlag, Berlin O. 27, Blumenstr. 22, der Bericht der Landtagsrede des Genossen A. Hoffmann, die nach der Wortentziehung im Feenpalast vollendet wurde. Preis 20 Pf., in größeren Mengen billiger.

Eine Monatschrift der schwedischen Sozialdemokratie. „Tiden“ („Die Zeit“), Monatschrift für sozialistische Kritik und Politik, ist der Titel der neuen Zeitschrift, die von Schwedens sozialdemokratischer Arbeiterpartei herausgegeben wird. Redakteur ist der Genosse Hjalmar Branting. Das erste, soeben erschienene Heft enthält neben Artikeln, die besonders die schwedischen Verhältnisse betreffen, auch den ersten Teil eines Artikels über „Der Revisionismus innerhalb der Sozialdemokratie“, worin über die Polemiken zwischen den Genossen Eduard Bernstein und August Bebel berichtet wird. Ferner wird unter der Rubrik: „Aus Zeitschriften des Auslandes“ der „Offene Brief“ Mauranders seinem Inhalt nach und ebenso die Antwort Kautskys aus der „Neuen Zeit“ lausendförmig wiedergegeben. Auch ein längerer Artikel Brantings über den österreichischen Befreiungskrieg zur Sozialversicherung sowie ein anderer über „Spanische Sozialisten“ von David Sprengel folgen, das die neue Zeitschrift nicht nur die Bewegung im eigenen Lande, sondern auch der des Auslandes ihre Aufmerksamkeit widmen wird. Ueber ihre Stellung zu Streitfragen innerhalb der Partei sagt die Abonnements-Einladung:

„Die Zeit“ will sich nicht dogmatisch festlegen auf irgendeine bestimmte Richtung innerhalb der Sozialdemokratie, sei es nun eine mehr „revisionistische“ oder mehr „radikale“, wie unsere deutschen Parteifreunde sagen. Sachlich einträgende Artikel von verschiedenen Gesichtspunkten sollen unseren Lesern eine klarere Einsicht in die Streitfragen möglich machen. Die Redaktion sieht sich nicht verpflichtet, in jeder Angelegenheit selbst das Wort zu nehmen, und ebensowenig stellt sie sich solidarisch mit jeder von einem Mitarbeiter geäußerten Meinung.“

Eine gemeine Reichsverbandelüge, die zurzeit durch die Ordnungspresse geht, wird von der „Neujährlichen Tribüne“ (Gera) angezweifelt. Unter der schreienden Überschrift: „Aus der Praxis sozialdemokratischer Kommunalwirtschaft“ wird behauptet, daß die sozialdemokratische Mehrheit im Gemeinderat in Langenberg bei Gera die von den Gemeindebeamten beantragte Feuerzuzulage mit der Begründung abgelehnt habe: Zurzeit bestehe keine Feuerzuzulage mehr!

Die „Neujährliche Tribüne“ weist nun nach, daß die Vorlage des Gemeindevorstandes eine Zulage von 5 (fünf) Prozent für alle Gemeindebeamten verlangt habe.

Gegen diese Form haben sich nun die sozialdemokratischen Gemeindevertreter gewandt, weil nämlich damit die zwei unteren Beamten (Schwamm und Nachtwächter) mit 800 Mark Gehalt zu schlecht und der Gemeindevorstand, der eine ganze Reihe einträglicher Gemeinde- und Privatämter bekleidet, dagegen verhältnismäßig zu hoch bezahlt wäre.

Die „Ordnungspresse“ bildet sich natürlich, diesen Umstand zu verächtlichen, und verweigert auch, daß die Vorlage, soweit es sich um Gewährung einer Zulage um die unteren Beamten handelt, nicht abgelehnt, sondern für die Staatsberatung, die in diesen Tagen zu erfolgen hat, zurückerstattet worden ist. Jedenfalls will man Zulagen gewähren, wie sie in den Notizen des Staatsrat, und das ist durchaus zu billigen. Ausdrücklich ist aber betont worden, daß die unteren Beamten mit dem unzulänglichen Gehalte bei der nächsten Staatsberatung berücksichtigt werden sollen.

Warnung! Die „Dresdener Volkszeitung“ schreibt: Die Parteigenossen aller Orte werden ersucht, Vorsicht gegenüber angeblichen französischen Parteigenossen an den Tag zu legen. In Dresden verfuhr innerhalb weniger Wochen zweimal ein mittelgroßer hortoloser Mensch von brünettem Aussehen die Partei zu schürfen. Als er beim zweiten Male darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er ja erst vor kurzem dagewesen sei, antwortete er im schönsten Deutsch und berschwand eilig, ehe ihm die angebliche französische Legitimation abgenommen werden konnte.

Ferri Rückkehr aus Amerika.

Rom, 20. Dezember. Enrico Ferri ist gestern in Genua eingetroffen, nachdem er seine Vortournee in Argentinien und Brasilien beendet hat. Gen. Ferri hat erklärt, daß er sich vorläufig ganz vom politischen Leben fernhalten und ein Buch über Südamerika schreiben werde. Er zieht sich zeitweilig von der Politik zurück, um den Reformen freie Hand zu lassen, ihr Programm zu verwirklichen. Weiter erklärte Ferri, er sei des Glaubens, daß in Italien ein radikal-sozialistisches Ministerium zu erwarten sei. — Der heutige „Avanti“ veröffentlicht einen langen Brief Ferri, in dem dieser sich gegen die Anschuldigungen des argentinischen Parteiorgans „Vanguardia“ verteidigt. Dies Blatt wirft Ferri vor, seine sozialistische Propaganda in Argentinien gemacht zu haben. Ferri erklärt, er sei auf einer wissenschaftlichen Vortournee gewesen, die für ihn eine finanzielle Notwendigkeit sei. Er habe auch Parteiveranstaltungen abgehalten, wo es seine Zeit erlaubte. Weiter legt Ferri seine Ansichten über den argentinischen Sozialismus dar.

Jugendbewegung.

Für eine „Freie nationale“ Jugendorganisation erscheint folgender Aufruf in Ordnungsbüchern:

Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Diesem Wort gemäß sucht die Sozialdemokratie die schulentastigste Jugend für ihre Organisation einzufangen, um dieselbe hier frühzeitig mit ihrem Geist zu erfüllen. Nicht jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau muß es demgegenüber sein, hessend der Jugend beizustehen, um sie vor der sozialdemokratischen Verführung zu bewahren. Daher wenden sich die Unterzeichneten an alle ebdenkenden Freunde der Jugend mit der herzlichsten Bitte, den neugegründeten „Deutschen Jugendbund“ (Freie nationale) durch freundliche Beiträge zu unterstützen. (Sobald willkommen sind (gebräuchlich) Bücher, Zeitschriften, Unterhaltungsspiele usw.). Die Geschenke sind zu richten unter der Überschrift: „Deutscher Jugendbund“ an das Bundesheim bei Krudt, hier, Kopsstraße 6, oder an die Unterzeichneten, die auch zu näheren Auskünften gern bereit sind. Oberst. Hauptmann a. D., Gr.-Vidterfeldt, L. Werner, Reichstagsabgeord., Charlottenburg, E. Holz, städtischer Lehrer, Berlin, Chodowiczstr. 21.

Aus Industrie und Handel.

Rheinisch-Westfälisches Kohlensubsidat.

Die am Mittwoch abgehaltene Jahresbesitzerversammlung setzte die Beteiligung für das erste Vierteljahr 1900 wie folgt fest: Kohle 80 Proz., Koks 60 Proz. und Beileits 78 Proz. In der Sitzung des Beirats gab der Vorstand folgenden Monatsbericht: Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlensubsidats betrug im November 1900 bei 24 Arbeitstagen (im gleichen Monat des Vorjahres 24 1/2 Arbeitstagen) 1 136 798 Tonnen (Vorjahr 5 740 762 Tonnen) oder arbeitsmäßig 214 023 Tonnen (Vorjahr 238 332 Tonnen). Der Verkauf einschließlich Landdebit, Deputate und Lieferungen der Hüttenwerke an die eigenen Hüttenwerke betrug an Kohlen bei 24 Arbeitstagen (Vorjahr 24 1/2) 4 483 261 Tonnen (Vorjahr 4 456 590 Tonnen) oder arbeitsmäßig 186 803 Tonnen (Vorjahr 184 727 Tonnen); an Koks bei 20 (Vorjahr 20) Arbeitstagen 987 571 Tonnen (Vorjahr 1 380 800) oder arbeitsmäßig 32 915 (Vorjahr 44 345) Tonnen; an Beileits bei 24 (Vorjahr 24 1/2) Arbeitstagen 233 524 (Vorjahr 240 498) Tonnen oder arbeitsmäßig 9730 (Vorjahr 10 841) Tonnen. Hierzu gingen für Rechnung des Subsidats an Kohlen 3 711 291 (Vorjahr 3 733 206) Tonnen oder arbeitsmäßig 154 835 (Vorjahr 156 517) Tonnen; an Koks 718 004 (Vorjahr 1 122 077) Tonnen oder arbeitsmäßig 29 756 (Vorjahr 37 403) Tonnen; an Beileits 226 483 (Vorjahr 245 303) Tonnen oder arbeitsmäßig 9306 (Vorjahr 10 112) Tonnen. Die Förderung stellte sich insgesamt auf 8 507 917 (Vorjahr 8 734 046) Tonnen oder arbeitsmäßig auf 271 163 (Vorjahr 270 100) Tonnen.

In den Absatzverhältnissen des Berichtmonats sind wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vormonat nicht eingetreten. Angesichts der Fortdauer der ungenügenden Lage fast aller Geschäftszweige, namentlich des für den Absatz wichtigen Eisengewerbes, ist fortgesetzt in fast allen Sorten mit einem empfindlichen Absatzmangel zu kämpfen, zumal auch der Verbrauch für Hausbrandzwecke infolge der milden Witterung schwach war und eine Ausdehnung des Jahresgeschäftes durch das starke Angebot der anderen Produktionsgebiete, besonders der englischen, erschwert wurde. Die Forderungen der Bechen konnten in vollem Umfang nicht abgesetzt werden, weshalb ein Teil derselben auf Lager genommen wurde. Einschließlich der eingelagerten Mengen stellte sich der rechnungsmäßige Absatz in Kohlen — Koks und Beileits in Kohlen umgerechnet — auf 85,28 Proz. der Beteiligungsziffer der Mitglieder, was gegen das Ergebnis des Monats Oktober d. J. eine Zunahme von 3,55 Proz., dagegen gegenüber Monat November 1907 eine Abnahme von 10,20 Proz. ausmacht. Der arbeitsmäßige Verkauf für Rechnung des Subsidats in Kohlen hat gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von arbeitsmäßig 8000 Tonnen erfahren.

Im Koksabsatz ist ein weiterer Rückgang zu verzeichnen, die Koks-lagerbestände weisen wiederum eine starke Zunahme auf. In Beileits hat sich die seit dem letzten Monat eingetretene Abschwächung des Absatzes noch verstärkt, so daß auch hier größere Mengen auf Lager genommen wurden. Die Absatzverhältnisse des laufenden Monats werden sich, da Anzeichen einer Zunahme des Verbrauchs nicht bemerkbar geworden, voraussichtlich im Rahmen der vormonatlichen bewegen. Das Versandgeschäft hat sich, abgesehen von Störungen, die der Schiffsverkehr von den Rhein- und Ruhrhäfen durch Frostwetter und Nebel vorübergehend erlitten hat, regelmäßig vollzogen. Schließlich wurde auch noch vom Vorlande mitgeteilt, daß er mit dem Reichsminister für das Abschlußjahr 1900/1901 etwas mehr als die historische Menge abgeschlossen habe.

Zuckerstatistik.

Die Internationale Vereinigung für Zuckerstatistik veröffentlicht das Ergebnis ihrer Umfrage vom 8./19. Dezember 1908. Danach beträgt in 1000 Tonnen:

	Rübenverarbeitung		Zuckerproduktion	
	1908/9	1907/8	1908/9	1907/8
Deutschland	11 700	13 482	2040	2138
Osterr.-Ungarn	7 933	8 507	1355	1411
Frankreich	5 806	5 506	775	718
Belgien	1 697	1 605	254	261
Holland	1 350	1 201	201	173
Russland	8 438	8 598	1262	1403
Schweden	866	779	131	100
Dänemark	444	403	66	54
Summa	38 523	40 070	6124	6257

Der Vereinigung sind ferner noch folgende Zahlen mitgeteilt worden: Italien: Rübenverarbeitung 1 500 000 To. (1 200 000 To. i. V.), Rübenzuckerproduktion 182 000 To. (147 800 To. i. V.); Spanien: Rübenverarbeitung 810 000 To. (978 437 To. i. V.); Rumänien: Rübenverarbeitung 140 000 To. (109 156 To. i. V.), Rübenzuckerproduktion 20 000 To. (16 550 To. i. V.); Schweiz: Rübenverarbeitung 27 500 To. (27 200 To. i. V.), Rübenzuckerproduktion 3514 To. (3368 To. i. V.). In Deutschland betrug das Ergebnis der Oktober-umfrage 12 046 470 To. Rüben und 1 078 030 To. Zucker; bei der Novemberumfrage wurde auf 11 710 931 To. Rüben und 1 081 190 To. Zucker gerechnet. Die Ausbeute der Rüben verarbeitenden Fabriken wurde im Oktober 15,55 Proz. und im November 16,01 Proz. eingeschätzt; jetzt stellt sich dieselbe auf 16,41 Proz.

Der schweizerisch-deutsche Weizenkonflikt.

Zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung schweben seit langem Unterhandlungen betreffend die Einfuhr deutschen Weizens nach der Schweiz, ohne zu einem Ziele zu führen. Es handelt sich bei diesem Weizenkonflikt um folgendes: Deutschland zahlt für das nach der Schweiz ausgeführte Weizen eine Zollrückvergütung Typus I 8,80 M. pro Doppelzentner. Davon geht auf die deutsche Einfuhrzoll auf Weizen im Betrage von 5,50 M., sodann der Schweizer Zoll auf Weizen 2 M. und einige weitere kleine Abgaben, so daß schließlich immer eine Differenz von 35 Centimes bestehen bleibt. Das wesentlichste aber ist, daß die Schweizer Mäher nun nicht mehr durch Zoll gegen die Konkurrenz ihrer deutschen Kollegen geschützt sind. Die deutschen Mäher, soweit die am Export beteiligten Großbetriebe in Betracht kommen, machen etwas billiger als die Schweizer. In der Schweiz wird hauptsächlich weiches Brot gebacken, in Deutschland mehr dunkles. Das dunkle Weizen wird demzufolge in Deutschland mehr begehrt, während das weiche in der Schweiz verhältnismäßig höher bezahlt wird. Dazu kommen die billigen Frachttarife, die die Großmühlen in Mannheim und am Rhein zu zahlen haben. Das alles wirkt zusammen, um es zu ermöglichen, daß das deutsche Weizen in der Schweiz um 6 Kr. pro 100 Kilo billiger abgegeben werden kann als das einheimische. Diese Situation haben die deutschen Mäher weidlich auszunutzen verstanden und sie lehnen sich an das Beispiel ihrer liebwerten Kollegen in der Schweiz nicht im geringsten. Wie ungeheuer die Einfuhr deutschen Weizens nach der Schweiz in den letzten Jahren zugenommen hat, ist aus folgenden Zahlen ersichtlich: 1908 wurden nur 63 600 Doppelzentner eingeführt. 1907 trat die Exportprämie in Kraft und die Einfuhr stieg auf 241 250 Doppelzentner und 1908 sogar (bis Ende November) auf 414 700 Doppelzentner. Die kapitalträchtigen Mäher in der Schweiz laufen gegen das um 6 Kr. billigere deutsche Weizen und mischen es mit dem inländischen. Sie kümmern sich dabei ebensowenig um die „nationale Pflicht“, die die Schweizer Mäher von ihnen heischen, wie die deutschen Mäher es mit ihren „patriotischen“ Gefühlen durchaus für vereinbar halten, das dunkle Weizen, wie im „Waterlande“ teuer, das weiche Weizen nach der Schweiz entsprechend billiger abzugeben.

Diplomatische Verhandlungen haben zu keinem Ziele geführt; ebensowenig die Unterhandlungen, welche privatim zwischen den deutschen und den Schweizer Mäherbetreibern gepflogen worden sind. Die Schweizer Mäher sind nun zweifellos in eine sehr prekäre Lage gekommen, und sie fordern vom Staat, daß er ihnen helfen soll. Am 22. d. Mts. wurde im Nationalrat über die Frage verhandelt. Nicht ohne Verächtung wurde gesagt, daß die deutsche sogenannte „Ausfuhrbeschränkung“ weiter nichts bedeute, als die Gewährung einer Exportprämie, um den schweizerischen Zoll dadurch illusorisch zu machen. Um der deutschen Exportprämie zu begegnen, fordern die Schweizer Mäher die Erhebung einer Ausfuhrgebühr. Es ist aber auch viel Stimmung vorhanden für ein Getreidemonopol. Jedenfalls ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Entwicklung, falls sie in der Richtung weiter geht, zu einer Katastrophe für die Schweizer Mäherindustrie führen muß. Die Schweiz würde schließlich ganz abhängig vom Ausland, was im Kriegsfall doch sehr bedenklich wäre. Der Bundesrat hat denn auch die Ergründung besonderer Maßregeln in Aussicht gestellt; auch das Getreidemonopol soll in Erwägung gezogen werden.

Gewerkchaftlichen.

Eine merkwürdige christliche Gewerkschaftsversammlung fand am letzten Sonntag in Vöckel statt. Zunächst sprach der christliche Gewerkschaftssekretär Oberdössel aus Oberhausen in fast einstündigen bunt durcheinander gewirbelten Ausführungen über die Ursachen der gegenwärtigen Krisis. Als der Herr als Hilfe gegen die Krisis den Anschlag an die christlichen Gewerkschaften empfahl, rückte ein Teil der trotz umfangreicher Reklame verhältnismäßig nur spärlich erschienenen Versammlungsbesucher schweigend aus. Der Sekretär des Guttenbergbundes, Felder-Höln, unternahm es dann, die Zurückgebliebenen zu langweilen mit einer Betrachtung über Guttenbergbund und „die Neutralität im Buchdruckerverband“. Dieser Redner, den man sich aus Anlaß der vor kurzem in Vöckel erfolgten Gründung eines Ortsvereins des Guttenbergbundes (9 Mitglieder) eigens vertrieben hatte, schien es sich zur Aufgabe gestellt zu haben, den Buchdruckerverband mit Stumpf und Stiel auszuwickeln. Das war auch wohl das mindeste, was die schwarzen Freunde und Protektoren der Guttenbergbündler verlangten! Felder-Höln ließ sich bei dem grauen Vernichtungswerk nicht beeinflussen, obwohl der Saal immer mehr mehr sich leerte. Als die Qual zu Ende, unternahm es ein Mitglied des Buchdruckerverbandes, diesen gegen die albernsten Unterstellungen, die der Vernichter verbrochen, gedührend in Schutz zu nehmen; als er den Mund des Streifbruchs beschuldigte, wurde er von den schwarzen Schälken auf

Kommando völlig niedergeblüht. In der Diskussion ergründete der evangelische Gewerkschaftssekretär Oberhoffel die anwesenden katholischen Verbandsmitglieder auf ihr Glaubensbekenntnis. Als die Betreffenden eine Beantwortung der gestellten Fragen ablehnten, erklärte er sie für — Sozialdemokraten und versicherte, dies Ergebnis in die Presse langieren zu wollen!

Und das nennt sich die allein echte Vertreterin der Religion der Nächstenliebe. Psui Teufel! Die Versammlung, die über vier Stunden dauerte, war zur Hälfte mit einem von Oberhoffel vom Saum gebrochenen religiösen Gezänk und Vernichtungs-Verleumdungselend gegen den Buchdrucker-Verband ausgefüllt. Da sieht man, wie diese Menschheitsbeglückter „gewerkschaftliche Neutralität“ verstehen. Die von den Schmarzen angeführte Gutenberglendete hätte lieber mal die elenden Arbeitsverhältnisse in den ultramontanen Druckereien des Münsterlandes beleuchten sollen. Aber dann würden ihn die Kapläne wohl hinausgeworfen haben; daher zog der protestantische Herr es vor, als katholischer Glaubensschwärmer zu debütieren und — Demütigung anzudrohen. Keine Familie! Und noch etwas! In Bocholt dominiert die Textilindustrie, und die zahlreich in dieser beschäftigten Männer und Frauen leiden seit 1/2 Jahren ganz empfindlich unter den Wirkungen der Krise. Sie folgten teilweise der Versammlungseinladung, in der Erwartung, es solle etwas in ihrem Interesse geschehen. Nicht wenig enttäuscht waren sie daher, als sie mit christlichem Geschimpfe gegen den Buchdrucker-Verband regallert wurden, der sie besonders in der erwähnten Situation verteuert wenig interessierte.

Es möchte einen tragikomischen Eindruck, daß hier einige Dugend hungernder Textilarbeiter stundenlang mit „ollen Kamellen“ über den Buchdruckerverband abgepeffelt wurden.

Die Tarifverträge im Jahre 1907.

Während die Statistik 1906 Tarifverträge für 46 033 Betriebe mit 890 401 Arbeitern als im Jahre 1906 abgeschlossen oder erneuert zählte, sind für das Jahr 1907 von den Arbeitnehmerverbänden als abgeschlossen, erneuert oder verlängert 2811 Tarife für 42 143 Betriebe mit 872 794 Personen mitgeteilt worden. Als Bestand am 1. Januar 1907 sind 3662 Tarife für 97 344 Betriebe mit 817 150 Personen verzeichnet; als Bestand am 31. Dezember 1907 5819 Tarife, 410 690 Betriebe mit 974 074 Personen. Bezogen waren sowohl die Arbeitgeber- wie die Arbeitnehmerverbände, die Arbeitgeber hatten aber nur über 319 im Jahre 1907 abgeschlossene Tarifverträge berichtet.

Diese geringe Zahl wird in der Hauptsache dadurch erklärt, daß die größeren Arbeitgeberverbände nur einige Tarifverträge abgeschlossen haben, während die kleineren Ortsgruppen und Einzel-Firmen, die mit den Arbeitnehmerverbänden Vereinbarungen trafen, dem Hauptvereine in vielen Fällen gar keine Nachricht davon gaben.

Zentrumsche Treibereien gegen Vergarbeitschutz.

Der christliche Gewerksverein der Vergarbeiter Deutschlands hat die Beteiligung an der zu heute mittag anderamteten Vorbereitungs- über die Abhaltung eines deutschen Vergarbeiter-Kongresses abgelehnt.

Die Ablehnung kommt kaum noch überraschend, nachdem die „Essener Volkszeitung“ in ihrer Mittwoch-Kummer sich dahin ausgesprochen hatte, daß der Wert eines solchen Kongresses sehr zweifelhaft wäre, weil ja bereits feststehe, daß im Reichstage eine Mehrheit für ein Reichsberggesetz vorhanden sei.

Die vom Vergarbeiterverband, der Polnischen Berufsvereinigung und dem Hirsch-Dunckerischen Gewerksverein beschickte Konferenz, beschloß, wie uns ein Privattelegramm meldet, für Ende Januar einen deutschen Vergarbeiterkongress nach Berlin einzuberufen und zur Frage der Einführung von Grubenkontrollen und eines Reichsberggesetzes Stellung zu nehmen. Alle Regierungen und Parlamente der Bergbau treibenden Länder Deutschlands sollen zu dem Kongress eingeladen werden.

Berlin und Umgegend.

Die erledigten Hirsche.

Bei der Arbeiterauswahlwahl im Werk Dreivig der Firma Orenstein u. Koppel, am Montag, den 21. Dezember, stattfand, erlitten die Hirsch-Dunckerischen eine schwere, aber wohlverdiente Niederlage. Es ist interessant, an die Vorgänge bei den Arbeiterauswahlwahlen während der letzten zwei Jahre zu erinnern, um die Niederlage der Hirsche in vollem Maße zu würdigen. Die Kaiserzeit 1906, an der die Hirsche natürlich nicht teilnahmen, gab die Veranlassung, den Arbeiterauswahl aufzulösen. Die Gewerksvereiner benutzten diese für sie günstige Gelegenheit, bei der Direktion das Proportionalwahlsystem zu empfehlen, um ihre Vertreter in den Ausschuss zu bringen und ihr Ansehen bei der Arbeiterschaft zu heben. Die Direktion kam dem Wünsche nach und bei den am 22. Mai 1906 vorgenommenen Wahlen erhielten die Hirsche 206 und die freien Gewerkschaften 308 Stimmen; das bedeutete für die ersteren drei und für die letzteren vier Vertreter im Arbeiterauswahl. Die Hirsche jubelten, aber bei der im selben Jahre stattgefundenen Neuwahl erhielten sie nur 217, die freien Gewerkschaften dagegen 489 Stimmen. Das Verhältnis im Arbeiterauswahl stand jetzt wie 6 zu 2. Im April 1907 haben sich die Vertreter der freien Gewerkschaften veranlaßt, ihre Mandate niederzulegen, weil sie Verleumdungen und Verdächtigungen ausgesetzt waren, die sie nicht auf sich sitzen lassen wollten. Sie weigerten sich, mit den Vertretern der Hirsch-Dunckerischen noch länger im Ausschuss zusammen zu arbeiten. Bei der Neuwahl mußten die Gewerksvereiner auf den Vertreter im Ausschuss verzichten, der als Verleumder bezeichnet worden war; sie erhielten 221 Stimmen, die freien Gewerkschaften 579; das Verhältnis im Ausschuss blieb daselbe. In der Arbeiterschaft wuchs der Einfluß der freien Gewerkschaften, und die Hirsche verloren immer mehr an Boden. Bei der Wahl am 18. Dezember 1907 erhielten die freien Gewerkschaften 787 und die Gewerksvereiner 215 Stimmen. In der Zeit des Proportionalwahlsystems hatten die Gewerkschaften ihre Stimmenzahl fast verdoppelt, dagegen hatten die Gewerksvereiner einen Abgang von 51 Stimmen zu verzeichnen. Bei der jüngsten Wahl, die am Montag stattfand, boten die Hirsche alles auf, um die Gewerkschaften zu überrennen. In einem Flugblatt lobten sie sich selbst sehr eifrig und sparten nicht mit Verleumdungen und Beschimpfungen der Gegner. Aber die Arbeiterschaft ließ sich nicht irreführen. Bei der Wahl erhielten die Kandidaten der Gewerkschaften 795 und die vom Gewerksverein 204 Stimmen. Im Arbeiterauswahl erhielten die ersteren demnach 6 und die letzteren nur 1 Vertreter. Nun machen die Hirsche lange Gesichter! Die Arbeiter aber hoffen, bei der nächsten Wahl auch den letzten Hirsch noch zu erledigen.

Deutsches Reich.

Wieder eine neue Unternehmerfindung!

„Verein der Cafetiers von Ost- und Westpreußen“ nennt sich diese neueste Organisation, die dieser Tage in Königsberg gegründet worden ist. Damit ist wieder eine neue Arbeitgeberorganisation ins Leben gerufen, die zunächst nur ihre Ständes- und Berufsinteressen heben will, die aber später im wirtschaftlichen Kampfe gegen die in der Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Stellung nehmen muß. Haben dann die Arbeiter und Arbeiterinnen keine leistungsfähige Organisation, dann werden ihnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen vom Unternehmerverband rücksichtslos diktieren. Das Wohl und Wehe der Angestellten spielt dabei keine Rolle.

Die Vorgänge in Mannheim.

Eine Privatdepesche meldet und: Mannheim, 23. Dezember. Eine Versammlung der Streikenden lebte die Arbeitsaufnahme mit 467 gegen 48 Stimmen ab. Der Hauptvorstand erklärte trotzdem den Streik für beendet. Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist groß.

Ein eigenes Verbandshaus hat die Verwaltungsstelle Nürnberg des Deutschen Metallarbeiterverbandes errichtet und dieser Tage eröffnet. Die Hohlstraße, die die größte Organisation am Orte ist, hat schon vor einigen Jahren in der Karlsrufergasse, gegenüber dem Germanischen Museum, einen ansehnlichen Häuserkomplex erworben und die alten Gebäude niederreißen und zu einer einzigen Anlage umbauen lassen. Das Vorderhaus enthält im Vorderen große Wirtschaftsraumlichkeiten, die die Stadt um ein hübsches und gediegenes Arbeiterwerkstättchen bereichern. Die Räume sind in zwei Abteilungen gegliedert. Die Hauptabteilung kann von dem Kneipzimmer durch spanische Wände abgeteilt und in einen Versammlungssaal umgewandelt werden; im Bedarfsfalle ist es auch möglich, ihn nochmals abzutheilen und zwei Versammlungsräume daraus zu machen. In den drei übrigen Stockwerken sind Wohnungen eingerichtet. Zwischen Vorderhaus und Hinterhaus liegt ein geräumiger, mit Bäumen beplanter Hof, der im Sommer als Wirtschaftsgarten dienen kann und auch einen künstlerisch ausgeführten Laubengang aus Malschiffstein enthält. Das ganze Haus ist elektrisch beleuchtet und enthält eine eigene Transformatorstation. Im Souterrain des Hinterhauses liegt die Niederdruckanlage, die das ganze Gebäude mit Wärme versorgt, eine Desinfektionsanstalt usw. Das Vorderhaus enthält die ausgedehnten Bureauarbeiten. In einem großen Vorkaum, der als Kneipzimmer und als Bibliothekszimmer sowie auch als Sitzungssaal dient, liegen die Schalter für die Abfertigung der zu unterstehenden Mitglieder, dahinter die Zimmer für die einzelnen Verwaltungsabteilungen. Im ersten Stock ist die Herberge, bestehend aus vier Schlafzimmern mit 1, 2, 7 und 23 Betten, die zunächst vollständig ausreichen, da die Herberge bisher im Durchschnitt täglich von 17 Reisenden in Anspruch genommen wurde. Sie kann aber im Notfall vergrößert werden. Die Herberge ist durchaus allen modernen Anforderungen entsprechend eingerichtet und mit Wasser- und Badegelegenheit reichlich versehen. Der ganze Bau, der dem Stadteile zur Freude gereicht, kam auf 370 000 M. zu stehen.

Ein Sieg der freien Gewerkschaften.

Aus Kempten wird gemeldet: Vertreterwahl der Ortskrankenkasse. Bei der gestrigen Vertreterwahl wurden insgesamt 2294 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die freien Gewerkschaften 2073, die Christlichen 219 Stimmen, unglücklich waren zwei Stimmen. Bei der ersten Wahl erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 892, die der Christlichen 100 Stimmen. Die Beteiligung war eine sehr starke. Der Sieg der freien Gewerkschaften ist ein glänzender.

Ausland.

Der amerikanische Arbeiterbund hat nach den Feststellungen auf dem letzten Jahreskongress in Denver eine Mitgliederzahl von 1 596 855. Das ist die Zahl, für welche Kopfsteuer an den Bund entrichtet wird, eine Zahl, die von den einzelnen Gewerkschaften stets sehr niedrig, oft zu niedrig angegeben wird, um auch die Schwankungen im Mitgliederbestande zu berücksichtigen und — die Kopfsteuer niedrig zu halten. Seit 1907 ist die gesamte Mitgliederzahl um 47 915 gestiegen, trotz der wirtschaftlichen Krise. Die Kleidermacher-Gewerkschaften haben 10 500 Mitglieder gewonnen, die Maschinisten 6100. Die Buchdrucker, die ihren Kampf um den Achtstundentag noch nicht beendet haben, sind um 1200 Mitglieder gewachsen, die Buchbinder haben 1000 Mitglieder verloren; den größten Verlust haben die Zimmerleute und Wandreiner erlitten, nämlich 12 400, die Grubenarbeiter verloren 2400 Mitglieder. Der Bericht deckt das Jahr vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1908. Die gesamten Einnahmen des Bundes stellten sich in dem verfloffenen Jahre auf 207 655 Dollar (etwa 332 000 M.), die gesamten Ausgaben auf 196 937 Dollar (etwa 290 000 M.). Der Ueberschuß bringt das Gesamtvermögen auf 138 627 Dollar (etwa 557 000 M.). Nach der noch unvollständigen Statistik fanden im Berichtsjahre 861 Streiks statt, an denen 115 923 Arbeiter beteiligt waren, davon erhielten 71 891 Vorteile durch die Streiks. Die Gesamtkosten der Streiks werden auf 2 448 041 Dollar (2 550 000 M.) angegeben. Hierbei ist nicht eingerechnet der Kampf der Buchdrucker um den Achtstundentag, der in diesem Jahre allein 557 776 Dollar (2 370 000 M.) kostete. — Ueber geleistete Unterstühtungen haben nur 64 Organisationen Berichte eingeleitet. Der Bund besteht gegenwärtig aus 117 internationalen (das heißt die Vereinigten Staaten und Kanada) Gewerkschaften und 583 lokalen oder vermittelten Organisationen. Von den internationalen haben 36 eine Mitgliederzahl von 10 000 oder mehr. Obenan stehen die Grubenarbeiter und die Holzarbeiter. Als Präsident des Bundes wurde Samuel Compers (wie schon gemeldet), trotz seines Plakats auf dem politischen Felde bei der letzten Nationalwahl, mit allen gegen eine sozialistische Stimme wiedergewählt.

Versammlungen.

Zentralverband der Schmiede. Die Hohlstraße Berlin dieses Verbandes hielt am Donnerstag in den „Kupfalten“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der als erster Punkt ein Vortrag des Haupteiters Otto Peters aus Ulm über die Frage: „Werden die Berufsorganisationen durch die Konzentration des Kapitals überflüssig?“ auf der Tagesordnung stand. Der Redner kam nach einer ausführlichen Schilderung der Entwicklung der Großbetriebe, der Konzentration des Kapitals, und des ungeheuren Mehrwertes, der einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Leuten zufällt, während die Masse der Arbeiter der Entbehrung preisgegeben ist, zu dem Schluß, daß die Schmiede mit allem Eifer unabhängig für ihre Organisation, die auch für die politische Auffklärung tätig sein müssen, um endlich zu besseren Verhältnissen zu kommen, ihren redlichen Anteil an dem Ertrag ihrer Arbeit zu gewinnen und nicht mehr als Anachete und Sklaven behandelt zu werden. — Diskutiert wurde über den mit Beifall aufgenommenen Vortrag nicht. Hierauf wurde ein Antrag auf Unterstützung der ausgetretenen erwerbslosen Mitglieder vorgelegt, der, von der Ortsverwaltung gestellt, auch die Zustimmung der erweiterten Verwaltung gefunden hatte. Nach kurzer Begründung durch den Vorsitzenden Siering wurde der Antrag einstimmig angenommen. Danach ist die Ortsverwaltung ermächtigt, aus dem Mitteln der Lokalkasse allen ausgetretenen erwerbslosen Mitgliedern Ertraunterstützung zu zahlen, und zwar von 10 M. die Woche bis zur Höchstsumme von 50 M. Die Mitglieder, die Anspruch auf die Ertraunterstützung erheben, haben dies der Ortsverwaltung zu melden. Der Beschluß soll dazu dienen, nach Möglichkeit Not und Elend zu lindern, unter denen infolge der außerordentlich großen und langwierigen Arbeitslosigkeit viele Mitglieder schwer zu leiden haben. — In einer Fragestellung Angelegenheit, die hierauf ausführlich besprochen wurde, erklärte die Mehrheit der Versammlung sich mit der Ansicht des Vorstandes nicht einverstanden. — Unter „Beschwerden“ brachte Köhler Vorgänge aus der letzten Generalversammlung der Innungsstranekasse des Schmiedegewerbes zur Sprache, die als ein offenkundiger Rechtsbruch gegen die Bestimmungen des Krankenkassengesetzes wie des Statuts der Kasse anzusehen sind. Die Arbeitgeber zahlen hier die Hälfte der Beiträge der Arbeitnehmer und verfügen demgemäß in den Generalversammlungen auch von vornherein über die Hälfte der Stimmen. Das Statut besagt jedoch, daß solche Arbeitgebervertreter, die mit den Beiträgen, welche wöchentlich im voraus zu zahlen sind, im Rückstande sind, nicht stimmberechtigt sein sollen. Würde diese Bestimmung wirklich zur Geltung gebracht, so würde

in jeder Generalversammlung ein großer Teil der Arbeitgeber sein Stimmrecht einbüßen. Aber die Arbeitgeber verhindern in dieser Hinsicht fortwährend die Anwendung des Statuts, und als in der letzten Generalversammlung von Arbeitnehmerseite erklärt wurde, daß man Beschwerde dagegen erheben werde, sagte — wie der Redner mitteilte — der zweite Vorsitzende, Schmiedemeister Holm, die Gesellen könnten sich beschweren, so viel sie nur wollten, sie irrieten doch kein Recht. Dieser Arbeitgeber sprach also demnach gegen die Aufsichtsbehörde unterhöhlen die Verdächtigung aus, daß sie unter allen Umständen, und wenn das Recht noch so klar auf Seiten der Arbeitnehmer liegt, parteiisch zugunsten der Arbeitgeber entscheiden werde. Der Redner meinte allerdings, daß, nach den bisherigen Erfahrungen mit der Aufsichtsbehörde, man leider leicht zu der Auffassung kommen könne, daß jene Feuerschutz zutreffend sei. Deshalb werde man aber nicht auf das Recht der Beschwerde verzichten, und auch den Ausspruch des Herrn Holm ausdrücklich erwähnen und der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis bringen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Rixdorfer Wahlrechtsraub

hat der Rixdorfer Magistrat in seiner gestrigen Sitzung Stellung genommen. Der Oberbürgermeister Kaiser erklärte einer Deputation, die ihm gestern nachmittag im Auftrage der demokratischen Protestversammlung vom Montag eine Protestresolution gegen den Beschluß der Stadtverordnetenmehrheit überreichte, der Magistrat halte die Frage für außerordentlich schwerwiegend und ernst. Er habe beschlossen, vor einer endgültigen Stellungnahme zu dem Wahlrechtsbeschlusse erst gründliche Erhebungen über die Wirkungen der von der Mehrheit beschlossenen Wahlrechtsänderung anzustellen.

Weihnachten in Radbod.

Hamm (Weisfallen), 23. Dezember. (R. H.) Die Verwaltung der Zeche Radbod hat weitere Kündigungen vorgenommen, sodaß die Belegschaft am 1. Januar 1908 nur noch aus rund 150 Mann bestehen wird. Auch die zur Zeche gehörige Ziegelei wird still gesetzt. Dadurch erhalten ebenfalls etwa 40 Arbeiter ihre Kündigung.

Die Essener Stadtverordneten-Wahl.

Essen a. Ruhr, 23. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Bei der heutigen Stichwahl zum Stadtparlament wurde ein Sozialdemokrat mit 1970 gegen 1545 Zentrumstimmen gewählt. Ferner wurden drei Liberale mit sozialdemokratischer Hilfe gegen das Zentrum gewählt.

Ein nationalliberaler Held.

Hannover, 23. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Die Strafkammer des Landgerichts Hannover fällt heute abend im Beleidigungsprozeß des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Held folgendes Urteil: Des Urteils des Schöffengerichts wird aufgehoben. Die Angeklagten Langwost und Krüger werden wegen Beleidigung des Abgeordneten Held zu je zweihundert Mark Geldstrafe verurteilt. Der Abgeordnete Held wird in der Widerlage ebenfalls zu zweihundert Mark Geldstrafe verurteilt. In der Begründung heißt es, daß das Gericht im Fall Terlinden Täuschungshandlungen des Abgeordneten Held für erwiesen angenommen hat. Dagegen hat es nicht für erwiesen angenommen, daß ein betrügerisches Verfahren Helds vorgelegen habe. Er wolle sich nicht rechtswidrig Vermögensvorteile verschaffen, sondern suchte billigen Kredit zu bekommen. Im Fall Fleming liegt nach Ansicht des Gerichts kein Erpressungsversuch vor, auch wenn die Mittel des Abgeordneten Held, zu seinem Gelde zu kommen, keineswegs zu billigen sind. Dagegen ist bezüglich des Falles Fommer ein Erpressungsversuch erwiesen. Im Falle Hlodemann schließlich hat das Gericht nichts gefunden, was Herrn Held vorzuwerfen wäre. Dem Angeklagten Langwost kongediert das Gericht, daß er nicht frivol gehandelt hätte, daß er sich auf die Angriffe Helds wehren wollte. Auch hat das Gericht ihm den § 193 ausgehört. Dagegen ist dem Angeklagten Krüger der Schutz des § 193 versagt worden, da die Zugehörigkeit zu derselben Partei keineswegs das Recht gibt, andere Leute an den Pranger zu stellen. Der Angeklagte Langwost hat verurteilt werden müssen, weil er in seinem Urteil zu weit gegangen ist.

Die Regierung gegen die Trufis.

Jefferson, 23. Dezember. (M. L. W.) Der Oberste Gerichtshof des Staates Missouri hat beschlossen, die Standard Oil Company of Indiana und die Republic Oil Company of Missouri aus dem Gebiete des Staates auszuschließen, die Waters Pierre Oil Company in St. Louis anzufassen und jeder dieser Gesellschaften eine Geldstrafe von 50 000 Dollars aufzuerlegen.

Die Trufis gegen die Gewerkschaften.

Washington, 23. Dezember. (M. L. W.) Wegen Mißachtung einer gerichtlichen Entscheidung in einem Prozesse, den die Buds Stone and Range Company angestrengt hatte, wurden heute Sam Compers, der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes, zu einem Jahr Gefängnis, der Vizepräsident Mitchell zu 9 Monaten und der Sekretär Morrison zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der erwähnte Prozeß war veranlaßt worden durch die Aufnahme der Gesellschaft in die von der Arbeiterbundeszeitung veröffentlichte schwarze Liste und durch den infolge dieser Aufnahme eingetretenen Boykott der von der Gesellschaft erzeugten Herbe und Oesen. Eine gerichtliche Aufforderung, den Namen der Gesellschaft nicht weiter in der schwarzen Liste zu veröffentlichen, war von dem Arbeiterbund unbeachtet geblieben.

Schiffszusammenstoß.

Hamburg, 23. Dezember. Die Schlepddampfer „Fairplay 4“ und „Fairplay 8“ stießen bei der Wändung der Schwinge in die Elbe zusammen und sanken. Von den Besatzungen sind fünf Mann ertrunken.

Grubenunglück.

St. Ingbert, 23. Dezember. (R. H.) Auf der Grube König bei Reutirchen wurden 5 Vergleute verschüttet. Einer ist tot, die übrigen sind schwer verletzt.

Eine Studentenfabrik.

München, 23. Dezember. (R. H.) Der frühere Kaplan Hermann Schmidt alias Dr. Cantor und Dr. Sindheimer aus Aschaffenburg, ist verhaftet worden. Er hatte einen lebhaften Handel mit gefälschten Zeugnissen, besonders Naturrittszeugnissen, getrieben. In seinem Besitz wurden falsche Ommatias- und Universitätsstempel gefunden.

Zur Lage der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter.

II.

Verschiedene Berufsgenossenschaften haben sehr hohe Unfallziffern zu verzeichnen, die an die Gefahren der Industrie grenzen. Auffälliger ist noch die hohe Ziffer der entzündlichen Unfälle, ein Beweis, daß es sich um schwere Unfälle handelt. Die meisten Unfälle werden schlecht geheilt. Der Mangel einer Krankenversicherung für die Landwirtschaft macht sich hier direkt fühlbar. Der Bericht „Hessen-Raffau“ erklärt deshalb: „Die obligatorische Einführung der Krankenversicherung für die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gelingen ist notwendig. Eine gleichartige Einführung der Krankenversicherung für die kleinen Betriebsunternehmer ist in Erwägung zu ziehen.“ Das forderten die Sozialdemokraten seit Jahren vergeblich. Eine Verschlechterung der Gesetzgebung fordert dagegen derselbe Bericht:

Bei einer Änderung der Gesetzgebung ist anzustreben, daß die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften hauswirtschaftliche Unfälle nicht mehr zu entschädigen haben.“

Die Arztgutachten gefallen der Berufsgenossenschaft auch nicht. Deshalb wird gefordert — natürlich im Interesse der Berufsgenossenschaft — eine bessere sozialpolitische Vorbildung der Ärzte. Es heißt im Bericht:

Weiter soll eine bessere sozialpolitische Vorbildung der Ärzte angestrebt und zu dem Zwecke der Professor Dr. Hilbrandt in Marburg um Abfassung einer sozialpolitischen Anleitung für die Ärzte ersucht und bei dem Kultusminister die Errichtung eines Lehrstuhls für soziale Medizin in Marburg beantragt werden.“

„Rosen“ klagt über Mangel an Ärzten auf dem Lande und richtet mit Erfolg Klagen ein. Es wird bemerkt, daß 63 Verletzte da geheilt wurden!

Es sind das in Anbetracht des geringen Umfangs der Stationsbezirke recht beachtenswerte Erfolge, die namentlich im Hinblick auf den Mangel an Ärzten auf dem Lande für die weitere Ausbreitung der Landplatzstationen sprechen.“

Der Aufsichtsrat der Berufsgenossenschaft „Lothringen“ meldet ganz ernsthaft:

Gesundheitsgefährliche Einflüsse. Als solche möchte ich keine anderen zu erwähnen als diejenigen, welche durch Allgäuerfahrten bereits signalisiert sind und von dem sehr umfangreichen Genuß von Branntwein bei der Betriebsarbeit herühren, wenn nicht auch die sorglose Behandlung von gefährlichen Verletzungen durch Hebammen, Kurpfuscher pp. hier etwa Erwähnung verlangte.“

Dabei werden die Ärzte immer teurer und sorgen so dafür, daß Kurpfuscher usw. ihre Kundenschaft behalten. Auch die Berufsgenossenschaft klagt:

Der Honorarstreit mit der Ärzteschaft während der Jahre 1906, 1908 und 1907 verlangt an dieser Stelle Erwähnung. Er endigte nach teilweise im Streik der Ärzte damit, daß der bisherige Preis für Gulächten von 3 bis 6 M. auf 10 M. für kurze Behandlungsberichte von 3 auf 5 M. als Mindestsatz erhöht werden mußte.“

Man sollte nun annehmen, daß die Berufsgenossenschaften recht eifrig in der Hebernahme des Heilverfahrens innerhalb der Wartezeit, d. h. der ersten 13 Wochen des Unfalles seien. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Berufsgenossenschaft „Hessen-Raffau“ berichtet z. B. den Sektionsvorständen: „Innerhalb der ersten 13 Wochen im größeren Umfang als bisher ein intensives Heilverfahren durchzuführen“, hat aber im Berichtsjahre nur 381 M. hierfür verausgabt. Mehr Wert legt „Rosen“ auf diesen Punkt und schreibt, daß in 600 Fällen das Heilverfahren übernommen wurde und 39146 M. hierfür verausgabt sind. „Wesmar“ hatte dagegen nur eine Ausgabe von — 76 M. für diese Zwecke, „Schwaben und Reuburg“ 4 Fälle übernommen. „Oberfranken“ hatte nur in 7 Fällen das Heilverfahren übernommen, bemerkt aber:

„Sehr häufig ist den einkommenden Unfallangelegenheiten zu entnehmen, daß auch bei schweren Unfällen ein Arzt nicht oder erst sehr spät beigezogen wurde. Der Genossenschaftsvorstand glaubt nicht nur im Interesse der betragspflichtigen Genossenschaftsmitglieder, sondern auch im Interesse der Verletzten zu handeln, wenn er darauf hinwirkt, daß ein Arzt unverzüglich zu Rate gezogen wird. Die Behandlung durch

einen Einrichter und dergl. kann erfahrungsgemäß nicht als genügend betrachtet werden.“

Auch wurde beobachtet, daß die Gemeinden nicht in allen Fällen ihrer durch § 27 des Unfallversicherungs-gesetzes für Land- und Forstwirtschaft statuierten Pflicht gedenken, nämlich verunglückten Arbeitern, die nicht auf Grund gesetzlicher Bestimmungen Anspruch auf freie ärztliche Behandlung, Arznei und sonstige Heilmittel haben (z. B. Tagelöhner und Familienangehörigen), während der ersten 13 Wochen nach dem Unfälle auf Kosten der Gemeindekasse Krankenhilfe in dem vorbestimmten Umfang zu gewähren. Das in manchen Gemeinden vorstommende Verfahren, die Unfallverletzten vor dem Bürgermeister erklären zu lassen, daß sie auf Krankenhilfe durch die Gemeinde verzichten, entspricht kaum dem Willen des Gesetzgebers.“

Das alte Lied: Die Gemeinden sind „sparsam“; die meisten dieser verletzten Landarbeiter haben auch gar keine Ahnung von dieser gesetzlichen Festimmung und unterlassen auch willig dem Bürgermeister, daß sie auf die Hilfe der Gemeinde „verzichten“. Die Berufsgenossenschaft „Oldenburg“ verausgabte im Jahre 1907 ganze — 10,00 M. für das Heilverfahren!

„Waben“ „Reigerte“ die Kosten für dieses Heilverfahren von 20 M. im Jahre 1905 auf — 67,00 M. im Berichtsjahre. „Ober-Elsch“ lamentiert:

„Auffallend ist, daß gerade bei Unfällen der Betriebsunternehmer und ihrer Familienangehörigen zentrale Verzögerungen in der Anmietung der Unfallfälle zu verzeichnen sind. Gerade in diesen Fällen, wo nur selten eine Krankenversicherung besteht und insoweit für eine Heilung öfters nichts oder zu spät geschieht, tut es am meisten not, daß die Anmietung rechtzeitig erfolge, damit die Berufsgenossenschaft gegebenenfalls das Heilverfahren zu überwachen oder selbst zu übernehmen in die Lage kommen kann.“

Und dabei gab diese Berufsgenossenschaft ganze 61 M. für das Heilverfahren aus! Diese Heudelei! Die große Berufsgenossenschaft „Königreich Sachsen“ rühmt die günstigen Resultate eines frühzeitigen Heilverfahrens, hat aber nur 518 M. dafür übrig gehabt! Großes Gefaszi über die Notwendigkeit der Fürsorge erhebt auch der Bericht der Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum „Hessen“. Es wird die Rede des Ministers Braun wörtlich abgedruckt, sechs Druckseiten mit weiterer Begründung ausgefüllt und schließlich weist der Rechnungsablaß auf, daß ganze 2558 M. dafür verausgabt worden sind! Schmäher! Die Verhältnisse auf dem Lande schildert jedoch der Bericht wie folgt:

„Man hat sich nur zu vergegenwärtigen, in welcher Lage sich ein Verletzter auf dem Lande befindet. Sturpsuchertum, Quacksalberei, Vorurteile und Aberglauben, schlechte häusliche Verhältnisse, Verunsicherung durch Familienangehörige, Beratung von Winkeljurisconsulten und dergleichen tragen alle dazu bei, daß er nicht sachgemäß behandelt, ungenügend gepflegt, aufgeregt und verhöhrt wird.“

Die „Heher“ sind hier also die Winkeladvokaten, welche hier und da dem armen Bauern zu seinem Recht zu verhelfen suchen.

Die Wohnungsnot der Armen und die Wohnungspolitik der Reichen.

Unter den zahlreichen Mißständen und Beschwerden, unter denen das Proletariat in der kapitalistischen Welt zu leiden hat, steht mit an erster Stelle das Wohnungsleben. Wohl haben namhafte Sozialpolitiker aller Richtungen auf die schweren sozialen, hygienischen und ethischen Schäden hingewiesen, denen die breiten Volksschichten unter dem Druck dieser Wohnungsnot ausgesetzt sind, aber weder Reich noch Staat und Kommunen begannen sich auf ihre Pflicht zu besinnen, um diesem sozialen Uebelstande zu helfen zu gehen. Reich und Staat haben allerdings genug zu tun, die Mittel für den Militarismus und die beträchtlichen Büchsen unserer zahlreichen Monarchen zu schaffen und darüber hinaus noch die Sonderansprüche anmahnender Junker und deren Halbbrüder, die Industrieharone, zu befriedigen.

Daß dabei die berechtigten Ansprüche und Forderungen der Arbeiterklasse, durch deren Tätigkeit eben jene Mittel erst geschaffen werden, unberücksichtigt bleiben, bedarf keines Beweises.

Die Gemeinden dagegen, die in erster Linie berufen wären, auf dem so wichtigen Gebiete des Wohnungslebens die Initiative zu ergreifen und eine großzügige Wohnungspolitik zu befolgen,

haben fast ausnahmslos versagt. In den Städten ist es das Hausbesitzer, in den Landgemeinden das berichtigte Grundbesitzerprivileg, das den herrschenden Klassen die ausfallende Stellung in den Gemeindeparlamenten sichert und so jede Bewegung nach fruchtbringender, positiver sozialer Arbeit im Keime erstickt. Wohl ist es richtig, daß auch die Gemeinden unter den heutigen gesetzlichen Bestimmungen und solange der Grund und Boden Privateigentum und Handelsware ist, die Wohnungsfrage nicht restlos lösen können. Aber es fänden ihnen Mittel und Wege genug zur Verfügung, die Wohnungsnot ganz erheblich zu mildern, wenn eben in deren Verwaltungen nicht die Privatinteressen, die Interessen der Grundbesitzer, die Oberhand hätten. Ein klassisches Beispiel dafür lieferte der Gemeindevorstand von Groß-Lichterfelde. Veranlaßt durch die ärztlichen Verhältnisse und die Tatsache, daß das Schlafstellenwesen in erheblichem Umfang zugenommen hat — eine Erscheinung, die symptomatisch für die Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse ist — ließ der sozialdemokratische Wahlverein folgenden Antrag an die Gemeindevertretung gelangen:

„Seitens der Gemeinde umfangreichen Grundbesitz zu erwerben, die Erbauung von Wohnhäusern — hauptsächlich mit kleineren Wohnungen — in eigener Regie auszuführen, die Wohnungen an alle Gemeindeglieder zu einem Preise zu vermieten, der lediglich die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals, die Verwaltungskosten und die für die Instandhaltung der Gebäude nötigen Kosten deckt.“

Dem Antrag war eine eingehende Begründung, gestützt auf genaueste Kenntnis der örtlichen Verhältnisse, beigegeben. Die Antwort des Gemeindevorstandes auf diesen Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Es kann nicht zugegeben werden, daß in Groß-Lichterfelde im Allgemeinen eine Wohnungsnot besteht oder ein Mangel an kleinen Wohnungen vorhanden ist. Zugegeben muß werden, daß die für Arbeiter, kleine Beamte und sonstige weniger bemittelte Einwohner in Frage kommenden Wohnungen zum erheblichen Teil in den Souterrains und Dachgeschossen liegen; bestritten muß aber werden, daß diese Wohnungen als gesundheitsgefährlich zu betrachten sind. Die Bauordnung läßt die Benutzung von Kellergeschossen für Wohnzwecke nur dann zu, wenn die Kellerhöhe nicht mehr als 50 Zentimeter unter dem Erdboden liegt. Die Wohnungen tragen daher, besonders da sie meist hinreichend hoch und mit größeren Fenstern versehen sind, in der Mehrzahl den Charakter von Parterrewohnungen. Die in den Dachgeschossen befindlichen Wohnungen sind erst recht nicht gesundheitsgefährlich; sie besitzen, namentlich die in den letzten 10 Jahren erbauten Häuser liegenden, einen durchaus wohlthätigen Anstrich, sie sind meist gut ausgestattet und hinreichend geräumig, so daß sie zum großen Teil sogar von besser situierten Mietern in Anspruch genommen werden. Doch ein Mangel an Wohnungen für Arbeiter hier nicht besteht, wird besonders durch den Umstand erwiesen, daß hier viele Hunderte von Arbeitern wohnen, die ihre Arbeitsstelle nicht in Groß-Lichterfelde, sondern auswärts, z. B. in Berlin, Schönberg, Lehndorf, Marienfelde usw. haben. Würden in diesen Ortschaften Wohnungen für Arbeiter in hinreichender Anzahl oder zu billigen Preisen vorhanden sein, so würden die Arbeiter sicherlich nicht die Unbequemlichkeiten und Kosten auf sich nehmen, die mit Wohnungen verbunden sind, die von ihrer Arbeitsstätte weit entfernt liegen. Es muß bezweifelt werden, daß die Gemeinde in der Lage sein würde, Wohnungen billiger zu beschaffen als die Bauunternehmer, wenn sie Zinsen, Tilgungsraten, Unterhaltung, Verwaltungskosten usw. in Anrechnung bringt.“

Die Gewinne der Bauunternehmer im hiesigen Ort sind keineswegs so hoch — meist nicht über das übliche Architektenhonorar, das ja auch die Gemeinde aufzubringen hätte, hinausgehend —, daß hierin ein Grund für die angeführten hohen Mieten zu finden wäre. Wie die feuerlichen Feststellungen ergeben, machen auch die hiesigen Hausbesitzer im allgemeinen schlechte Geschäfte; ein großer Teil erzielt nur mäßige Verzinsung des angelegten Kapitals und ein anderer arbeitet mit Verlusten. Dazu trägt der Umstand wesentlich bei, daß bei dem starken und fortwährenden Wechsel der Einwohnerzahl Wohnungen häufig kürzere oder längere Zeit leer stehen, und daß fast bei jedem Wohnungswechsel Kosten für Instandsetzung der Wohnungen entstehen. Damit würde aber die Gemeinde ebenfalls zu rechnen haben. Daß das Schlafstellenwesen, welches in Lichterfelde allerdings einen ziemlich erheblichen Umfang angenommen hat, durch Herstellung und Hingabe von Ge-

Kleines feuilleton.

Theater.

Kammerspiele: Der Graf von Gleichen, Schauspiel in einem Vorspiel und drei Aufzügen von Wilhelm Schmidtbonn. Bei der gewöhnheitsmäßigen Zurückhaltung des Premerienpublikums der Kammerspiele läßt sich über die Aufnahme des neuen Dramas nichts Bestimmtes sagen. Für mein Empfinden war der Eindruck der Aufführung und der Dichtung im Rahmen dieser Aufführung außerordentlich hart erschütternd und durchdringend. In dem nächtlichen Monologe des eingeleiteten, seiner Flucht entgegenstehenden Grafen, dem Aufsatze, mit dem das Vorspiel einleitet, klang erst nur hier und da ein Laut, der schärfer hindurchschlug. Die Jambenpredige — oft ein Mittel, den prägnanter dichterischer Anschauung hinter dem Reumt heiterer Rhetorik zu verbergen — erregte Mißtrauen. Es wich aber in der nächsten Szene schon, bei der Erscheinung des molnenden Todes, dem der Gefangene im wild entschlossenen Egoismus trotz einer eigenartig intensiven und bis zum Schluß anhaltenden Spannung, der Atem komprimierter, dumpf schweller Leidenschaft weht aus dem Hintergrund der stimmungsvollen Bilder des ersten Aufzuges und schwillt dann in gewaltiger Steigerung zum Sturm, der jede Schranke niederwirbelt. Das mittelalterliche Kostüm, durch die Sage, an die der Dichter anknüpft, nahe gelegt, erlaubt ihm, frei von allen Rücksichten und Hemmungen, die ein naturalistisch detailliertes Milieu ihm auferlegen würde, sich ganz dem Zuge seiner Phantasie zu überlassen und in raschem Aufstieg den Gipfel der Leidenschaft zu erklimmen.

Der Stoff, wie er sich in der Heberlieferung findet, ist nur ein ganz untragisches Kuriosum. Der Graf von Gleichen, heißt es, sei bei einem Anreiz von den Türken gefangen und nach zwölf Jahren durch ein schönes Türkenmädchen, dem er mit heiligem Eide die Heirat versprochen, befreit worden. Der Papst, an den der Ritter nach seiner Rückkehr mit seiner Kletterin zu Frau und Kind sich wandte, habe die Doppelheirat gestattet, und so durfte er unangefochten mit den zwei Frauen bis an sein seliges Ende leben. Schmidtbonn — die Leser kennen den Autor von einigen seiner besten in der „Neuen Welt“ abgedruckten Erzählungen — entlehnt der Chronik nur das äußere der Verwicklung, um in brennenden Farben auszumalen, wie das Weib des Grafen, im Innersten ihrer Instinkte getroffen, einen Verzweiflungskampf mit der Rivalin führt.

Nicht durch seinen Schwur, noch auch durch Dankbarkeit fühlt sich der Held des Dramas an die Fremde gefesselt. Kalt, eigenständig denkt er zuerst, sie auf der Bluth zu verlassen, aber die Liebreiz schmeichelt sich bezwingend ein in seine Seele und bemächtigt sich mit der Erinnerung an die Gattin. Undenkbar scheint ihm der Verzicht auf eine, der Bund mit beiden als das höchste Glück. Das Weib der langen Parterreinsamkeit deutet sein Egoismus als Freiheits, den Rest des Lebens, und war er andern

auch zum Schmerze, nach seinem Willen auszukosten. Wohl walt beim Wiedersehen mit der Frau, die in edler Selbstbeherrschung jede eifersüchtige Regung unterdrückt und auch seine Begleitertin herzlich willkommen heißt, ein Gefühl der tiefen Rührung, ja etwas wie bescheidene Schuldempfinden in ihm auf. Aber sein Entschluß, nur vorläufig verheiratet, bleibt unerschütterlich. Vorgütlich ist in diesen Situationen schon die Mischung weltlich abwägender vorurteilsloser Klugheit und glühender Leidenschaftlichkeit des Temperaments in dem Charakter der Frau, ihr Wesensgegenstand zu der an Eingabe gleich unbegrenzten, aber wehr- und waffenlosen Mädchenart der jungen Türkin angedeutet. In Szenen von erkaunlicher Schönheit, die bei der hinreichenden Darstellung der Durieux, in jeder Nuance dennoch vollkommen überzeugend waren, vollzieht sich in dem zweiten Aufzuge der Zusammenstoß der beiden. Klug überlegt und vornehm stolz ist die Herausforderung der Schloßherrin, furchtbar der feiliche Zusammenbruch, als sie die Wahrheit erfährt. Ihr Stolz schmilzt hin, die Jügel der Besinnung entgleiten ihr, sie rast, sie sticht und beschwört die Fremde, ihr den Mann zu lassen, und unterwirft sich schließlich — ein Tier, das lieber sterben als von seinem Herrn gehen will — dem Anfinnen des Grafen. Unter dem Zwang des innerlich glühenden Stodern die Junken moralischen Zerfalls zu heller Lohne empor. Sie wird zur Reuehändlerin Koemis, und räumt sich vor dem Gatten, der sie schauernd verläßt, noch immer Liebe heischend, ihrer Zar.

Trianon-Theater: „Der Sahr“, Schwank von Georges Berr und Marcel Guillemand. Die Diresktion griff in den Sad des Weihnachtsmarmes und holte eine Kuh heraus. Zwar hat dies einen ziemlich vermiserten Kern — aber eine gleichende Schale. Nach dem wiederholten Lacherfolg zu schließen, wird sie jedenfalls große Attraktionskraft auf alle Stadt- und Provinzonseln, dergleichen bemannte und unbemante Weiblichkeit ausüben, bei denen Vergnügungssucht und vollespielle Würde sich das Gleichgewicht halten. Erzählen kann man die Handlung, ohne das Hundertste mit dem Tausendsten zu verwechseln. Auf Waldpromenaden bei Paris sind schon verschiedene Frauen von einem Unbekannten blöckelnd — unarmt und angefüßt worden. Aus dieser „Laische“, sei sie fingiert oder nicht, spinnen die fingerfertigen Autoren Faden um Faden: Das gibt ein Kaskaden, in dem die hirtoliken Ausgelassenheiten und sinnlosesten Verwicklungen hängen bleiben. Sollen wir uns darüber entrüsten, daß das Ganze so wenig als möglich „literarisch“ ist? Eine mit Geschick komponierte „Sängerentzwei“-Nacht ist auf alle Fälle. Das mag allen, die raffiniert angereizte „Sahr“-Chosen unarmt finden, genügen. Nun, und das wird der zahlungsfähigen Moral leichter als das Lachen?!

Wußt.

Der Komponist Karl Weis hat mit seiner Oper von 1901 „Der polnische Jude“ eine musikalische Tragödie geschaffen, die auf unseren Bühnen erfolgreich und nahezu vollständig wirkte, nicht zuletzt durch ihre für einen dramatischen Vorhang sehr dankbare Hauptrolle. Sein erstes bekannteres Werk war eine scheidende Oper „Die Zwillinge“ nach Shakespeares „Was ihr wollt“, die 1892 zu Prag und deutsch 1902 zu Frankfurt a. M., endlich am Dienstag in unserer komischen Oper herauskam.

Das Fehlen eines Textbuchs und das typische Überdienen der Singstimmen durch das Orchester erschwerten die Feststellung, in wie weit das Libretto vom klassischen Text abweicht. Jedenfalls ist das Schicksal des Sebastian und seiner Zwillingsschwester Viola in der Oper stärker herausgearbeitet. Schiffbrüchig und voneinander gerissen, kommen sie ins Land des Herzogs von Ägypten. Der Herzog liebt die Gräfin Olivia, die jedoch gegen ihn kalt bleibt und zwei komische andere Liebhaber, den Weidmann (Buffonier) und den Rastolfo (Wah) belächelt. Verflümmert im Libretto der Herzog zu einer heroischen Figur, so läßt es um so rascher und hervorragender das Schicksal Violas sich entfalten, die in Rannschleibern Dienst beim Herzog nimmt. Sie liebt ihn; er ist dem Jungen gut und sendet ihn als Liebesboten zu Olivia. Violas Weiden unter der ihr selbst entgegenwirkenden Aufgabe tritt noch deutlicher hervor, als im Urtext. Nun liebt Olivia den Jungen und bestiehlt ihn, hält aber den Zwillingsschwester für den Erwarteten und entsetzt ihre Liebe natürlich breiter als im Drama. Rasche Vermählung, Brellung der Konten, abgefürztes Verraten von Violas Geschlecht, und Vereinigung von ihr und dem Herzog.

Wer je in England den Typus der dortigen Shakespeareaufführungen mit Singstimmen und Tanz kennen gelernt oder, wie der Schreiber dieser Zeilen, eben „Was ihr wollt“ derart in London gesehen hat, wird sich doppelt freuen, daß Karl Weis nichts von solcher Operettenart bringt. Unschmeichelbar selber der Librettist hat er keine Vorlage größtenteils geschickt vereinfacht, natürlich mit neuer Benutzung des tolen Treibens der Nebenpersonen und speziell der Figur des Rastolfo, die zu einer großen und figurenreichen Hauptrolle geworden ist. Aber die Verfehlte Anhalt des Shakespeareschen Blankverses gereichte Bierfächer, so trivial, wie man sie nur in Reizoperen gewöhnt ist! Die Kunst erhebt sich darüber weit und fällt nur bei den lyrischen Stellen von Lust und Liebe in Trivialitäten. Reich durchgearbeitet, verheißt sie namentlich die allmähliche Herausbildung der vielen, zum Teil der Komik des Textes mit drölligen Sätzchen entsprechenden Entwürfen aus dem musikalischen Dialoge. Junaal die Klischees zeigen derartige Kunst in gut wirksamer Weise. Und mit einem gemeinsamen Weltmotive der Geschwister verknüpft die Kunst den glücklichen Jerrum Olivia auf glückliche Art.

Aufführung: sehr gut, mit deutlicher Gestaltung und diesmal gürschaltend wirksamer Regie. Erfolg: lebhaft und wohlverdient, selbstständiger Wert: Null.

Wohnungen befreit oder eingeschränkt werden würde. Es ist nicht anzunehmen. Es wird immer untergeordnete Arbeiter geben, die ein Unterkommen haben müssen; das können sie aber nirgend anders finden als bei verheirateten Kollegen, wie das allerorts der Fall ist und von jeher so war. Alles in allem würde die Herstellung weiterer Arbeiterwohnungen bei den in den Nachbarorten herrschenden Wohnungsverhältnissen lediglich die Wirkung haben, daß Groß-Richterfelde in noch weit größerem Umfang als Wohnstätte für Arbeiter dient, die nicht hier, sondern auswärts ihre Arbeitsstellen haben. Das liegt aber nach seiner Richtung hin im Interesse der Gemeinde. Es scheint im übrigen aus sozialen Rücksichten nicht empfehlenswert, die Arbeiter in besonderen Häusern abzusondern. Die Klagen gegen die Arbeiter würden dadurch nur verschärft werden. Die Arbeiter wollen das auch selbst nicht und deshalb steht zu befürchten, daß eine Maßregel, wie sie seitens des sozialdemokratischen Vereins empfohlen wird, vereitelt sein würde, selbst für den Fall, daß es der Gemeinde möglich sein würde, billigere Wohnungen herzustellen. Ein anderer sozialer Gesichtspunkt ist der, daß die Konkurrenz der Gemeinde auf dem Gebiete des Häuserbaues eine Schädigung des hiesigen Bauunternehmertums, das, wie feststeht, keineswegs auf Rosen gebettet ist, im Gefolge haben würde, die schließlich auf die Verhältnisse der Arbeiter selbst zurückwirken würde.

Es dürfte in Erwägung zu ziehen sein, ob es sich nicht empfiehlt, daß die Gemeinde für ihre eigenen Arbeiter, soweit es praktisch angängig ist, Wohnungen beschafft. Diese Frage hat der Gemeindevorstand schon früher erörtert, z. B. ist bei den Erörterungen über den Bau des neuen Verwaltungsgebäudes an Wohnungen für Gemeinbedienstete gedacht worden. Es würde damit zugleich eine Probe auf das Exempel gemacht sein, das der sozialdemokratische Wahlverein aufstellt.

Im übrigen könnte der Frage der Errichtung von Arbeiterwohnungen in größerem Umfang nur in Gemeinschaft mit den Nachbargemeinden näher getreten werden. Einige Groß-Richterfelde allein darin vor, so würde die Folge sein, daß die Arbeitererschaft in noch stärkerem Maße nach hier zuströmt und daß sich dann höchst unerwünschte Zustände ergeben, daß namentlich der hiesigen Gemeinde zugunsten der auswärtigen unerträgliche Lasten aufgebürdet würden, zu deren Tragung sie weder befähigt, noch moralisch verpflichtet ist.

Jedenfalls wird die Gemeinde Groß-Richterfelde dem Antrage des sozialdemokratischen Vereins gegenüber vor der Hand eine ablehnende Haltung beobachten und die weitere Entwicklung der Wohnungsverhältnisse hier und in den Nachbargemeinden abwarten.

Der Gemeindevorstand. Lange.

In dem Antwortschreiben hebt der eine Sach den anderen wieder auf. Die Ablehnung der Wohnungsnot kontrastiert selbst mit der vom Gemeindevorstand selbst zugestandenen Tatsache, daß die auswärts beschäftigten Arbeiter auch in Arbeiterorte wohnen würden, wenn dort Wohnungen in hinreichender Zahl oder zu billigen Preisen zu haben wären. Dies trifft ebenso auf Groß-Richterfelde zu. Dagegen wollen wir keineswegs leugnen, daß die Wohnungen der arbeitenden Bevölkerung in den Souterrains und auf den Dächern meist einen „unheimlichen Anstrich“ haben. Leider ist dieser „Anstrich“ auch das einzige, was auf eine kurze Zeit hinaus eine gewisse Wohnlichkeit vordrängt. Was speziell die Gesundheitschädlichkeit der meisten Wohnungen dieser Art anbelangt, so ist sie gelegentlich der Besprechung der Bauordnung in einem Grundbesitzerverein von einem Redner ausdrücklich und ohne Widerspruch zu finden, hervorgehoben worden; soweit uns erinnerlich, war dieser Redner der Herr Schöffe Lange. Daß nach den „steuerlichen Feststellungen“ die Hausbesitzer schlechte Geschäfte machen, glauben wir; nur sind diese „steuerlichen Feststellungen“ ein etwas unsicherer Maßstab, um danach das Einkommen unseiner bestehenden Steuerzahler lagern zu können. Was uns aber in dem Schreiben des Gemeindevorstandes am meisten interessiert, sind die sogenannten „sozialen“ Gesichtspunkte, die nach seiner Meinung gegen die Wohnungsfürsorge der Gemeinde sprechen.

Und zwar würde es sich nicht empfehlen, die Arbeiter in besonderen Häusern abzusondern, weil dadurch die Klagen gegen die Arbeiter verschärft werden und dann würde die Konkurrenz der Gemeinde auf dem Gebiet des Häuserbaues eine Schädigung der hiesigen Bauunternehmer im Gefolge haben.

Den Antragstellern ist selbstverständlich nicht der vernünftige Gedanke gekommen, die Arbeiter in besonderen Häusern oder Straßen „abzusondern“ nach dem Muster der Juden-Gethos im Mittelalter. Es ist ihnen auch nicht eingefallen, zu verlangen, daß nur Arbeiter-Wohnungen gebaut werden sollen, sondern daß die Gemeinde das Wohnungsbedürfnis aller Gemeindeglieder ohne Unterschied zu befriedigen bestrebt sein und zu diesem Zwecke eine großzügige kommunale Wohnungsfürsorge betreiben solle.

Auch die reichen Leute würden sicherlich die Wohnungen der Gemeinde beziehen, wenn sie dabei einige Groschen sparen können. Was die Verschärfung der Klagen gegen die Arbeiter betrifft, so kann sich der Gemeindevorstand beruhigen. Es gibt keine aufreizenderen Gegenstände als sie jetzt schon in den einzelnen Ortsteilen so frag in die Erscheinung treten. Wir wollen nur hinweisen auf die Chausseestraße (hier „Klein-Rixdorf“ genannt) mit all ihrer Armut und ihrem sozialen Elend in den Hinterhäusern und — kaum zehn Minuten weiter — auf die Berliner, Booth-, Promenaden- und andere Straßen mit ihren Villen und Palästen, die von dem Reichtum und der verschwenderischen Prunklust ihrer Besitzer zeugen. Aufreizendere Gegenstände finden sich selten auf so engem Raume und mit so überwältigender Beweisskraft für unsere ungesunden sozialen Verhältnisse. Der Gemeindevorstand ist also mit seinem guten Rat, doch die Klagen gegen die Arbeiter nicht zu verschärfen, reichlich am einen Posten zu spät gekommen und außerdem noch an eine falsche Adresse geraten. Dagegen können wir ihm nachsagen, daß er den Bauunternehmern eine Konkurrenz bereiten will.

Die Rücksicht auf das Privatkapital, auf die Grundeigentümer und Wobenspekulanten, die auch in der Gemeindevverwaltung in allen Fragen die Entscheidung haben, erstickt jede Regung des sozialen Gewissens.

Und ohne nicht mit Hilfe eines vernünftigen Gemeindevorstandes die Bahn frei wird für eine frohvolle Betätigung der Arbeiterklasse in den kommunalen Körperschaften, wird auch auf eine gründliche Besserung der so überaus traurigen Wohnungsverhältnisse nicht zu rechnen sein.

Soziales.

Die zweimal verkaufte Filiale.

Von einer merkwürdigen Geschäftsgründung wurde gestern vor der dritten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts der Schleiter geläutet. Der Handlungsgehilfe Hermann K. erhebt gegen den „Buchhändler“ Reinhold Klinger Klage auf Herauszahlung von 500 M. Geschäftseinlage. K. meldete sich auf ein Inserat, in welchem „eine bequeme Existenz für einen kautionsfähigen jungen Mann“ ausgeschrieben wurde. Er erhielt darauf von Beklagten die Mitteilung, daß er gegen eine Kaution von 500 M. eine Filiale in der Kolonnenstraße übernehmen könne. Sobald er den Betrag zahlte, bekomme er die Filiale zugewiesen. K. war nun so unvorsichtig, die 500 M. zu zahlen; erst nachdem er seine Erpansions los war, sah er, daß die sogenannte „Filiale“ aus einem kleinen Kämmerchen, welches Klinger ab hoo gemietet hatte, bestand, und daß selbst dieses höchst problematische Wertobjekt nicht mehr K. gehörte, sondern kurz vorher einem Tischlergesellen H., der sich gleichfalls auf die Annonce gemeldet hatte, für 1000 M. verkauft worden war. Das „Geschäftsinventar“ bestand in einem Haufen alter Bücher, zum größten Teile Kauterromane und Indianer-geschichten, die alles in allem noch keine 30 M. Wert haben. H. hat, um sich die „bequeme Existenz“ zu sichern, die aus jahrelanger Arbeit resultierenden Ersparnisse hingegeben, der Beklagte bekam es aber noch fertig, ihn um die restlichen 500 M. bei Vermeidung

der Klage zu mahnen. Wie H. in der Verhandlung als Zeuge erzählte, will er sich mit der Buchmakatur „eine warme Stube machen“, damit sie wenigstens noch zu etwas verwandt werde.

Da von der beklagten „Firma“ niemand erschienen war, so erging Verläumdungsurteil. Gleich dem Zeugen H., der sich mit dem Verlust der 500 M. schon abgefunden hat und wieder als Tischlergeselle arbeitet, wird wohl auch der Kläger von seinem Gelde keinen Pfennig mehr wiedersehen. Denn nominelle Inhaberin des Geschäfts ist die Tochter Marie K., ein junges Mädchen, und der Vater ist der „Produkt“.

Nicht dringend genug kann zur Vorsicht vor ähnlichen Inseraten geraten werden.

Gefahrenkreis des Betriebes.

Auf einem Neubau in Nordorf stürzte der Töpfer M. kurz nach Arbeitsantritt aus der Höhe der 4. Etage, da die Treppe nicht gesichert, vielmehr noch ohne Geländer war, ab und verletzte sich tödlich. Der von der Witwe erhobene Anspruch auf Hinterbliebenenrente wurde von der Nordböhlischen Gewerkschaft abgelehnt. Die Genossenschaft führte zur Begründung ihrer Ablehnung an: Nach den von uns angefertigten Ermittlungen hatte Jhr Obmann am 10. Januar 1908 nach Arbeitsantritt den Bau bereits verlassen, als er bemerkte, daß er keine Kaffeekanne vergehen hatte. Er begab sich lediglich in seinem privaten Interesse nochmals nach dem Bau, stürzte infolge Krankheit auf der Bodentreppe seitlich ab und verletzte sich bei dem Sturze tödlich. Dieser Vorgang stellt einen Betriebsunfall nicht dar.

Dagegen wurde vom Arbeitersekretariat Berlin Verurteilung eingelegt und geltend gemacht, daß M. den Gefahrenkreis des Betriebes noch nicht verlassen hatte, mithin ein einschlägigspflichtiger Unfall vorliege. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Regierungsbezirk Potsdam gab der Verurteilung statt und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung mit folgender Begründung:

Der angefochtene Bescheid der Beklagten geht davon aus, daß der Verstorbenen den Neubau, auf dem er gearbeitet hatte, nach Arbeitsantritt bereits verlassen hatte, als er bemerkte, daß er keine Kaffeekanne dabei vergessen hätte. Er habe sich deshalb, also lediglich in seinem privaten Interesse, nach dem Bau zurückbegeben und sei hierbei von der Bodentreppe hinabgestürzt.

Diese Darstellung, deren Richtigkeit von der Klägerin bestritten ist, steht im Widerspruch mit dem Inhalt der Akten. Nach den Ermittlungen des technischen Sachverständigen G. und der Anklage des als Zeuge vernommenen Töpfers B. hatte M., als er bemerkte, daß er keine Kaffeekanne vergessen hatte, den Neubau noch nicht verlassen, sondern befand sich im dritten Stockwerke des Vorderhauses. Er wollte, um nach seiner im vierten Stockwerke des Seitenflügels befindlichen Arbeitsstätte zurückzugelangen, über den Dachboden gehen, und ist dabei von der Bodentreppe hinabgestürzt.

Das Schiedsgericht führt nun weiter aus, daß nach der ständigen Rechtsprechung Unfälle, die nach einer angemessenen Zeit nach Schluß der Arbeit auf der Betriebsstätte eintreten, als Betriebsunfälle anzusehen sind. Das trifft im vorliegenden Falle zu, denn daß sich M. ungebührlich lange auf der Betriebsstätte aufhielt, sei nicht erwiesen.

Zur Arbeitslosigkeit.

Die sozialdemokratische Fraktion des Münchener Gemeindefolkloiums brachte gestern einen Dringlichkeitsantrag ein, der den Magistrat ersucht, 50 000 M. bereit zu stellen zur Verteilung an die Arbeitslosen, die zurzeit in außerordentlich großer Anzahl in München vorhanden sind.

Am 21. d. M. fand eine städtische Arbeitslosenzählung in Augsburg statt. Es meldeten sich insgesamt 404 Arbeitslose. Doch sind zweifellos weit mehr — man schätzt sie auf 1000 — Arbeitslose vorhanden. Sowohl das Zahlenverhältnis wie die zur Verfügung gestellten Räume waren so mangelhaft, daß die Zählung kein objektives Bild der Arbeitslosigkeit geben konnte.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kardinal erlaubt es.

Die soziale Bewegung, die die Frauenwelt erfasst hat und diese immer mehr in das öffentliche und politische Leben hineinzieht, hat den Hierarchen schon lange dange Sorge gemacht. Die Ultramontanen sind aber schlau genug, nicht Vogel-Straußpolitik zu treiben. Sie wissen, daß man soziale Bewegungen, die von der Verhältnisse Zwang geboren werden, nicht totschneipen und -stücken kann. Aber aus der Praxis kennen die schwarzen Herrschaften das Mittel, Bewegungen, die ihrer Macht gefährlich werden können, in solche Bahnen zu lenken, daß aus der Gefahr eine Machtstärkung erwächst. Ein Teilchen der neuen Ansprüche und Anforderungen wird als berechtigt anerkannt; das nicht nur: das Teilchen wird sogar als christliche Forderung ausgespielt, womit das Unchristliche des anderen Teiles für den Frommen schon als erwiesen gelten muß. Hat man das unschädliche Teilchen glücklich herausgeschält und es als Konsequenz der christlichen Lehre ausgepumpt und ausgestellt, dann hängt man die ganze Bewegung an den Dogmenhaken. Kein Gläubiger der alleinseligmachenden Kirche darf über die enge Grenze, die kirchliche Autorität gezogen hat, sich hinauswagen bei Gefahr des Bannfluches. Das der Kirche nicht unbenachteiligt Teilchen sozialer Bewegung soll aber mitgemacht werden, damit dadurch die Macht der Kirche wachse. Nach diesem Rezept hat sich kürzlich Kardinal Ropp mit der Frauenbewegung beschäftigt. Es war in der Generalversammlung des St. Vinzenzvereins in Dresden. Man lese, was die ultramontane Presse über den Vortrag berichtet, und urteile, ob das stimmt, was wir einleitend von der Politik der Schwarzen sagten. Die ultramontane „Schleifische Volksz.“ läßt Kardinal Ropp folgendes sagen:

Man kann den Frauen das Recht nicht bestreiten, ihre Stellung in der menschlichen Gesellschaft zu haben. Greift doch die Frau in so viele Verhältnisse der Familie und damit auch des öffentlichen Lebens bestimmend und beeinflussend ein; auch zu den Arbeiten und Kämpfen der Caritas liefert die Frauenwelt die Kerntruppen, wie wir sie heute vor uns sehen. Und was soll ich von der veränderten Stellung der Frauenwelt zu der Erwerbstätigkeit sagen, zu der sie täglich mehr gedrängt wird? Es wäre engberzig und kurzfristig, wenn nicht ungerecht, das Frauengeschlecht von der Teilnahme an den Fortschritten und Errungenschaften der Zeit ausschließen zu wollen.

Man läßt sich jedoch nicht verkenne, daß die Ziele und Mittel, die von manchen Streifen in die Frauenbewegung hineingetragen werden, große Bedenken erregen; sie missachten die von Gott gewollte Einrichtung der menschlichen Gesellschaft und sind ihrem Bestande gefährlich. Der katholische Christ aber muß in allen Lebensverhältnissen und bei allem, was er tut, Gottes Willen und Absichten befragen und die Grundzüge seines Glaubens zu Rate ziehen, um von ihnen Leitung und Richtung für sein Tun und Lassen zu gewinnen. Für die Frauenbewegung sind nun diese Richtlinien von Gott selbst in den heiligen Urkunden, in denen seine Offenbarung niedergelegt ist, klar und deutlich bezeichnet worden. Es erhebt sich, in dieser Versammlung darauf näher einzugehen. Die katholischen Frauen handeln daher klug und vorsichtig (!), daß sie in die Frauenbewegung eintreten wollen, aber unter Wahrung der Grundzüge ihres Glaubens, und darum zu einem katholischen Frauenbunde zusammenzutreten. Man muß ihnen aber die Frage stellen, ob sie diese Richtlinien wirklich gefunden haben und ob sich der katholische Frauenbund in ihnen bewegt? Diese Frage ist auch für die Caritas, um deren Werke wir uns heute versammelt haben, nicht ohne Bedeutung; denn der katholische Frauenbund will auch die Liebestätigkeit pflegen, will sie schärfen, fördern und

unterstützen. Darum gehört diese Frage auch in diese Caritas-Versammlung.

Der katholische Frauenbund hat in seinen Anfängen und Sagenen vertonen erklärt, daß die angestrebte Verbesserung der irdischen Verhältnisse nicht das Endziel, sondern nur das Mittel sei, um in dieser Zeit und in dieser Lebensstellung ein höheres Ziel zu erreichen, das jenseits dieser sichtbaren Welt liege und zu dem das irdische Leben nur die Vorbereitung sei. Der katholische Frauenbund läßt sich also von der katolischen, von der christlichen Weltanschauung leiten und legt sie allen seinen Bestrebungen zugrunde. Schon dieses würde genügen, um obige Frage bejahen zu können. Aber auch in den Einzelheiten beleuchtet er sich zu den Grundzügen des Christentums. Er will das Selbstbewußtsein der Frau wecken, aber sie dem von Gott gewollten Berufe nicht entfremden. Er will ihre Bildung fördern, aber dabei die Charakter- und Herzensbildung an die erste Stelle setzen. Er will die Lehr- und Verrichtungsleistung der Frau pflegen, aber nur innerhalb der Grenzen ihrer Kräfte und Fähigkeiten. Er will das weibliche Geschlecht heben, aber keine von Gott gesegnete Eigenart nicht übersehen. Nun sind wir leicht imstande, das Urteil zu fällen. Der Frauenbund bewegt sich auf dem Boden der Kirche. Er will die Frauen bewahren, jene irdischen Erfahren mitzumachen, die ihrem Geschlecht wie der menschlichen Gesellschaft zum Verderben gereichen müssen. Er will verhüten, daß sie sich durch Tagesbedürfnisse und schwankende Meinungen täuschen und irreführen lassen; er gibt ihnen vielmehr einen festen Stand, auf dem sie an dem Wohl ihres Geschlechtes auf dem festeren Grunde der göttlichen Wahrheit mitarbeiten können. Darum nehmen eure Bischöfe keinen Anstand, den katholischen Frauenbund den Frauen ihrer Diözesen wärmstens zu empfehlen.

Die Kirchensäulen wissen, daß den Frauen die politische Gleichberechtigung dauernd nicht vorzuziehen werden kann. Sie arbeiten deshalb jetzt schon darauf hin, in dem weiblichen Element sich einen den Diensten der Kirche blindwilligen politischen Faktor zu erzielen. Betrachtet man das Eingreifen der Kirche von dieser Seite, ist die Zusammenhang für die Sozialdemokratie gegeben. Was hier auf dem Spiele steht, darüber muß uns fassam befehrt haben der Widerstand, den der männliche katholische Volksteil im Banne der Kirche dem Sozialismus entgegenstellt.

Bund für Mutterchutz.

Die Leserin des „Vorwärts“ kennen die Bestrebungen des Bundes für Mutterchutz. Als Kämpferin für soziale Reformen kommt er nicht in Betracht, aber seine von Humanität und Menschenliebe getragene praktische Arbeit kann doch einzelne Unglückliche helfen und vor dem Verderben retten. Aus diesem Grunde kommen wir der Bitte, nachfolgende Zeilen im „Vorwärts“ zu veröffentlichen, nach:

Weihnachtsbitte für verlassene Mütter und Kinder!

Allen, die bereit sind, den verlassenen und in Not geratenen verheirateten und unverheirateten Müttern mit ihren armen Kindern zu helfen, aber auch allen, die sich etwa stoßen an der Ethik des Bundes für Mutterchutz, soweit sie ihnen bekannt ist — sei hierdurch mitgeteilt, daß ihrer Not, helfen zu wollen, dennoch nichts entgegensteht, denn — völlig unberührt vom Kampfe der Meinungen in Wort und Schrift waltet im Bureau des Muttershutes nur die praktische Arbeit.

Hier stehen wir dem Leben selbst mit seiner grausamen Wirklichkeit gegenüber. Aus den toten oder angstvollen Augen der vielen hilfsbedürftigen Schant das graue Elend. Ihnen gegenüber steht stets hat wissend, Hilfe spendend, die Leiterin des Bureaus. Aber wenig Mittel stehen ihr im Verhältnis zur Not zur Verfügung! Nicht einmal Kindertische ist immer genug vorhanden und nur geringes Geld, die nächste Not einzeln zu lindern.

Die in Not Geratenen sollen arbeitsfähig gemacht und ihnen sollen Arbeitsmöglichkeiten verschafft werden. Sie sollen vor dem moralischen Untergang bewahrt und zu Müttern erzogen werden, die sich der Verantwortung ihren Kindern gegenüber bewußt sind. — Es ist leicht einzusehen, wie alle Gaben, die hierher gesendet werden, eine weitgehende gute Wirkung mit sich bringen.

Man sende also übrige Sachen, besonders Kindersachen oder Geld an das Bureau für Mutterchutz, Berlin-Wilmersdorf, Trautenauer Str. 20, mit der Vermerkung auf der Geldanweisung: „Für praktische Zwecke“. Und man kann einer dankbaren Annahme und einer segensreichen Verwendung sicher sein. Ein Freund des Muttershutes.

Gerichts-Zeitung.

Som Reichsgericht freigesprochen

wurde am Dienstag der Schießmeister Gottfried Steeg, der am 30. Juli vom Landgericht Hagen i. W. wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Er soll Dynamitpatronen, die gerade nicht gebraucht wurden, vorchriftswidrig aufbewahrt haben. Der vom Landratsamt Jferlohn angestellte Erlaubnisbesitzer Friedr. Aufbeziehung an einem feuer- und diebstahlsicheren Orte vor. Der Angeklagte hatte die Patronen in einen Nebenstollen gelegt, wo sie bei einer unerwarteten Revision gefunden wurden. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Rechtsanwält befürwortet, der selbst die Freisprechung beantragte. Der Richter liegt beim Landratsamt. Man könne nicht verlangen, daß der Angeklagte sich intelligenter erweise als der betreffende Beamte des Landratsamtes, der doch mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut sein müsse. Eine vorchriftswidrige Aufbewahrung liege nicht vor. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

Au das Schwurgericht verwiesen

wurde eine etwas mysteriöse Affäre, die seinerzeit durch ihre ganz eigenartigen Begleitumstände großes Aufsehen erregt hatte. Aus der Untersuchungshaft wurde die 43-jährige Masseuse Anna Clement der dritten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen Vergehens wider das leimende Leben und fahrlässiger Tötung zu verantworten. — Während die Clement im Untersuchungsgefängnis saß, wurde, wie sich unsere Leser entsinnen werden, der Kriminalpolizei von einem Kleinrentmeister mitgeteilt, daß der Ehefrau Clement, der früher einmal als Schuttmacher tätig war, sich von ihm eine eigenartig konstruierte Wackelkiste habe anfertigen lassen. Die Kriminalpolizei nahm nochmals in der E. f. den Wohnung eine Hausdurchsuchung vor, die ein höchst überraschendes Resultat hatte. In dem Keller wurden hinter altem Geröll Gefäße und Flaschen entdeckt, die Glyzerin, Salpeter und Schwefelsäure sowie sonstige zur Herstellung von Sprengstoffen erforderliche Chemikalien enthielten. Diese wollte der anscheinend geistig nicht normale Clement dazu verwenden, um die Wackelkiste mit einem Sprengstoff zu füllen. Er hatte die ungewöhnliche Idee gefaßt, mit dieser Höllenmaschine bei der Verhandlung gegen seine Ehefrau im Gerichtssaal zu erscheinen und hier den Sprengstoff zur Entzündung zu bringen. Die nachträgliche Untersuchung des von C. hergestellten „Sprengstoffes“ ergab jedoch, daß dieser absolut ungefährlich war und nie zur Entzündung hätte gebracht werden können. Da erhebliche Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des C. bestanden, wurde er zwecks Untersuchung seines Geisteszustandes in eine Irrenanstalt übergeführt.

In der Verhandlung gegen die Ehefrau C. stellte es sich heraus, daß die Angeklagte eines vollständigen Verbrechens dringend verdächtig war, für welches nur das Schwurgericht zuständig ist. Die Strafkammer erklärte sich deshalb für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht I.

XIV. Saison.
Zirkus Busch
 Heute geschlossen.
 Freitag, d. 25., Sonnabend, d. 26., Sonntag, den 27. Dezember:
 In allen 3 Weihnachtstagen je
 2 Gala-Vorstellungen 2
 Nachm. 4 und abds. 7 1/2 Uhr.
 Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei. Jedes weitere Kind halbe Preise. (Galerie volle Preise.)
 In allen Vorstellungen:
Barbarossa!
 Große Origin.-Auffahrt. Fant. des Zirkus Busch in 6 Bildern.
 In allen Vorstellungen:
?? Das Moto-Baby ??
 In allen Vorstellungen:
Inas - Truppe.
 In allen Vorstellungen:
John Higgins!
 Champion im Hoch- u. Weitsprung.
 In allen Vorstellungen:
 Borübren und Heiten der Best dres. Schul-, Freitennis- und Springreiter.
 In allen Vorstellungen:
 Aufstehen sämtlicher Clowns mit den neuesten Stücken und Entrees.

Palast-Theater
 Burgstraße 24, 3 Minuten vom Bahnhof Börse.
 Heute geschlossen.
 Freitag, den 25. Dezember (1. Feiertag):
Das Riesen-Fest-Programm.

Gebüder Herrnfeld-
 Vorverk. Theater. Vorverk. 11-2 Uhr. 57 Kommandantenstr. 57.
 Heute Heiligabend: geschlossen.
 An allen 3 Weihnachtstagen abends 8 Uhr:
Die beiden Bindelbands
 und der vollständig neue Künstler-Teil.
 Nachm. 4 Uhr, bei halben Preisen:
 1. Feiertag (Freitag): **Endlich allein!**
 2. Feiertag (Sonnabend): **Hausierer Jockel.**
 3. Feiertag (Sonntag): **Die letzte Ehre.**
 Alle Nachmittagsvorstellung mit Anton und Donat Herrnfeld u. der vollständige Künstler-Teil.
 Donnerstag, den 31. Dezember:
Gr. Sylvester-Feier
 mit Riesen-Lach-Programm und vielen Überraschungen.
 Billetts sind bereits zu hab.

Gustav Behrens-Theater.
 Goltzstr. 9.
 An allen drei Feiertagen das extra engagierte **Riesen-Weihnachts-Programm.**
 Nach der Vorstellung: **Ball** bei freiem Tanz.
 Anfang 5 1/2 Uhr.

F. Emil Schmidt,
 Lindenstr. 8, II. Hof part.
 An allen drei Feiertagen: Gemüthlich. Beisammensein.
Wild- West
 ff. Speisen und Getränke.
 Zum Schluß: Die Schlacht in Rixdorf.

Nathan Wand
 129 Stalitzer Str. 129.
 Die schönsten 54152*
Herren - Winter - Paletots
 und Anzüge in neu fottie jagell
Monats-Garderobe
 von Kapellern getragene Sachen, (alt neu, für jede Figur passend, bester Ausstattung) sind in großer Auswahl bei zu hause billigsten Preisen zu haben.
Nathan Wand
 129 Stalitzer Str. 129.
 Hochbahnhofs-Kottbusser Tor.
 Bitte an Sonn- und Feiertagen zu gehen.

Zirkus Schumann.
 Heute Donnerstag, den 24. d. Mts., geschlossen.
 Freitag, den 25., Sonnabend, den 26., und Sonntag, den 27. Dez., an allen drei Feiertagen nachm. 3 1/2, und abends 7 1/2 Uhr: **Je zwei Gala-Fest-Vorstellungen.** Nachmittags auf allen Sitzplätzen ein Kind unter 10 Jahren frei. In beiden Vorstellungen nachm. und abends: Ausnahmeweise: In beiden Vorstellungen: Ungekürzt Berlins gr. Sensation:
Golo, der Seeräuber u. Mädchenhändler.
 Glänzendstes Pracht-Manege-Schaustück.
 In jeder Vorst. nachm. und abends: „Paet“, der Wunderaffe.

1. Weihnachts-Feiertag
 abends 7 1/2 Uhr
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:
KUNST-ABEND
 Leitung: Margarete Walkotte
 Mitwirkende: Herr Professor Krüger Nystedt, Konzertsängerin Fr. Meyer, Herr Emil Walkotte, Herr Miolke, Margarete Walkotte, am Flügel: Herr Bernhard Nitsche. — Anschließend: **Ball.**
 Entree 50 Pf. im Vorverkauf, Abendkasse 60 Pf. Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelauer 15. 233/16*

Brauerei Friedrichshain.
 Am Königtör. Größter Konzertsaal Berlins. Oak.: Ernst Liebing.
 Am 1., 2. u. 3. Weihnachts-Feiertage:
 Nachmittags von 1-4 Uhr: **Matinee-Konzerte** von **Johann Strauß aus Wien**
 Entr. 50 Pf. mit seiner vollständigen Kapelle. Entr. 50 Pf. Nachmittags von 1/2 5 Uhr ab: **Heitere Abende.** Große Militärkonzerte.
Fröhliche Weihnachten! 2 elektr. Riesen-Weihnachtsbäume.
 Auftr. erst. Bühnenkr. Leb. Photogr. 2 elektr. Riesen-Weihnachtsbäume.

Grand-Hotel-Festsäle
 Am Alexanderplatz. B. Jährlich.
 Jeden Sonntag und Dienstag: (2161b)*
Hamburger Sänger.
 Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr. Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.
 Bekannt billigste Bezugsquelle für Händler und Wiedervorkäufer.
Neujahrskarten! Witzkarten, 100 Stk. 30, 40 u. 60 Pf. — Geprägte **Golddruckpostkarten 1909** 100 Stk. 60 Pf. — **Neu!** Berlin in der Silbersternnacht, 10 recht drollige Straßenszenen. — Größte Auswahl in besseren und ganz feinen **S. & G. Saulsohn,** Kaiser Wilhelm-Str. 19a. Berlin C. 25. Nahe der Münzstraße.

Achtung! Teilzahlung!
 Wöchentlich nur 1 Mk. Gramophone, Phonographen, Menzohauer Zöhren, Geigen, Mandolinen usw. Gr. Zög. Zenophon-Platten, Edison-Walzen, Horron-u. Damen-Uhren, Ketten, Ringe.
Julre's Spezial-Geschäfte
 Hauptgeschäft: N., Brunnenstr. 117, dort 1. Etz. Filialen: 80., Britzer Str. 10, partiere und NW., Rostocker Str. 22, am Bahnhof Benfelstraße.

Singer Nähmaschinen.
 Einfache Handhabung! 44592*
 Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
 Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.
 Unvergleichlicher Unterricht, auch in moderner Buchführung.
 Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
 Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.
 Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich im Hause **Schönleinstr. 34 ein Zigarrengeschäft** eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bittet **Fritz Schwemke.**

Paul Drenke Nachfolger Otto Berlett
 Hutfabrik **Oranienstraße 172**
 empfiehlt sein großes Lager in (3853L)*
Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
 Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.
 Reparaturen schnell, sauber und billig.

Hut-Arnold Dresdenstr. 116
 (Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!
 Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00 Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00
 Nur fehlerfreie moderne Ware Nur fehlerfreie moderne Ware.
 Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

MAL-KAH-Zigaretten
 vorzüglich.

Am Sonnabend, den 19. d. Mts., wurde unser lieber Kollege
Ignaz Bonna
 im 37. Lebensjahre durch eine Explosion in unserem Betriebe plötzlich getötet.
 Ein neues Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit.
 Wir werden dem so plötzlich aus unserer Mitte Gerissenen, der immer unsere gemeinsamen Interessen vertreten, unsere Kämpfe mitgekämpft hat, stets ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Kolleginnen und Kollegen der Großbuchbinderei Luderitz & Bauer.
 Die Beerdigung findet Sonnabend, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michael-Kirchhofs, Rixdorf, Hermannstr. 191, aus statt.

Selten **Kaufgelegenheit** günstig.
Weihnachten.
 Eine große Partie **echter Plüsch-Tischdecken**
 mit reicher Stickerei ca. 33 1/3 % unter Preis!
 Größe 130/130 cm 6.75 bis 8.50
 140/140 cm 7.85 bis 10.50
 130/160 cm 10.50 bis 21.00
 145/175 cm 13.50 bis 33.00
 Nach außerhalb per Nachnahme.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin S. 193, Oranienstr. 158.
Weihnachts-Extrallste
 enorm billiger Geschenkartikel kostenlos. 5161L*

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2.5-7. Sonntags 10-12.2-4
Husten
 Heiserkeit, Katarrh, Keuchhusten bewirkt Kaiser's Brust-Caramellen. 5500 nat. begl. Zeugen, bew. den sich. Erfolg. Paket 30 Pig Kaiser's Brust-Extrakt Flasche 90 Pig. Zu haben in Apotheken und Drogerien.
Pelzwaren!!!
 119 Eile zu Weile 119
 Eokhaus Oranienplatz. Hochbahn Kottbusser Tor.
Eigene Kürschnerei.
 EchtSkunksstola von 25.- M. an Ohne Konkurrenz
 Echt Nerz-Stola von 40.- M. an Neueste Moden!
 Echt Nerz-murmel-Stola von 18.- M. an Schlager d. Sals.
 Echt Tibet-Stola von 7.50 M. an Riesenhafte Auswahl!
 Prima Felle in all. Fellarten stets auf Lager.
 Reparaturen und Umarbeitungen schnell, gut, billig
Hervorragend billige Preise.

Enorm billig
 Anzüge Paletots
 etw. 1/3!!! ist unser Angebot für Herren jedes Standes!!! Täglich Sonntag verkaufen aus feinsten Stoffen vornehmst gefertigte Herren-
 deren sonstiger Maßpreis 40-70 M. ist, jetzt 18-35 M., Gehrockanzüge jetzt 21-40 M., Herren-Hosen jetzt 7-14 M. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1. Trepp. Firma Hausnummer achten.

Möbelfabrik Julius Apelt
 6 Adalbert-Str. 6
 Hochbahnhof Kottbusser Tor (früher Stalitzer Straße 6).

Pelzwaren-Fabrik
S. Schlesinger,
 Neue Königstr. 21 II (Ordemannshaus)
 Kein Laden!
Einzelverkauf
 wie alljährlich nach beendetem Engros-Saison.
Pelz-Stolas
 Muffen zu fabrikbilligen Preisen.
 Sonntags geöffnet.
 21 Repar. sauber u. billig. 21

Deutscher Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Ignatz Bonna** am 19. Dezember verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am 20. Dezember (2. Feiertag), nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michael-Kirchhofs, Hermannstr. 191 (Rixdorf), aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet 24/20 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten, die unserem Vater, dem frühverstorbenen Wäpater auf dem Grundstück Mariannenstraße 31/33, **Friedrich Müller** die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir unseren herzlichsten Dank.
 Emma Gröner, Anna und Hermann Müller, Rosbit, Rixdorfstr. 25. 2026
Dankjaugung.
 Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kränkenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters **Gustav Briese** spreche ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Gasmittelverein Schönhauser Vorstadt meinen innigsten Dank aus. 2016
Anna Briese geb. Berger.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2.5-7. Sonntags 10-12.2-4
Husten
 Heiserkeit, Katarrh, Keuchhusten bewirkt Kaiser's Brust-Caramellen. 5500 nat. begl. Zeugen, bew. den sich. Erfolg. Paket 30 Pig Kaiser's Brust-Extrakt Flasche 90 Pig. Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2.5-7. Sonntags 10-12.2-4
Husten
 Heiserkeit, Katarrh, Keuchhusten bewirkt Kaiser's Brust-Caramellen. 5500 nat. begl. Zeugen, bew. den sich. Erfolg. Paket 30 Pig Kaiser's Brust-Extrakt Flasche 90 Pig. Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Enorm billig
 Anzüge Paletots
 etw. 1/3!!! ist unser Angebot für Herren jedes Standes!!! Täglich Sonntag verkaufen aus feinsten Stoffen vornehmst gefertigte Herren-
 deren sonstiger Maßpreis 40-70 M. ist, jetzt 18-35 M., Gehrockanzüge jetzt 21-40 M., Herren-Hosen jetzt 7-14 M. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1. Trepp. Firma Hausnummer achten.

Möbel-Dessin
 C. Rosenthaler
 Straße 39
 Stadtbahnhof Börse
 Verzeihlicher erhalten bei Kalkauf 60 % Rabatt
Hygienische
 Bedarfsartikel, Neuzeit-Katalog m. Empfehl. viel Ausr. u. Preis, gratis u. f. H. Engel, Gummiwarenstr. Berlin NW., Friedrichstr. 22/23

Unserem Parteigenossen **Fritz Kissel** nebst Frau zur Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche bringen 2553
 Die Parteigenossen des 97. Bezirks.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kamerad **Artur Abschinski** am 21. Dezember an Lungenleiden gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Dezember, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Gerulde-Kirchhofs in Ober-Schönebeide aus statt.
 Regte Beteiligung erwartet 125/13 Die Ortsverwaltung

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
 (Verwaltung Berlin.)
 Den Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß am 20. Dezember unser Mitglied, der Holzbildhauer **Wilhelm Bärwald** nach langer Krankheit, 40 Jahre alt, verstorben ist.
 Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 24. Dezember, nachmittags 1/2 2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Friedhofes am Mariendorfer Weg in Rixdorf aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht 20/19 **Der Vorstand.**

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
 Filiale Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 21. d. M. der Kollege **Otto Schemel** (Säden) 15/1 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am 25. Dezember (1. Feiertag), nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Simon-Gemeinde in Britz, Tempelhofer Weg, statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch, den 23. Dezember, früh 2 Uhr, entschlief (sanft) nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kind 55692
Charlotte Hoffmann
 im neunten Lebensjahre.
 Dies zeigen tiefbetruht an **Paul Hoffmann** nebst Frau und Geschwistern.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus Sorauer Straße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof, Rixdorf, Hermannstraße, statt.

Todes-Anzeige.
 Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß am 23. d. M., früh 4 1/2 Uhr, meine innigste Liebe Frau, unsere sorgsame gute Mutter **Anna Winter** nach langem Leiden sanft entschlief ist. 2008
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle der St. Pauls-Gemeinde in Rixdorf aus statt

Todes-Anzeige.
 Am Freitag, den 21. Dezember, abends 7 Uhr, verstarb meine liebe Frau **Henriette Meyer** geb. **Nürnberg.**
 Der trauernde Gatte **Ferdinand Meyer.**
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Johanns-Kirchhofs in Rixdorf aus statt. 2025

Am Dienstag, den 23. Dezember, verstarb nach langen schweren Leiden meine liebe Frau und unsere gute Mutter, Schwester und Schwägerin 50682
Frida Schuh
 geb. **Wunderlich.**
 Der trauernde Gatte **Wag Schuh** nebst Kindern, Wollweberstr. 12.
 Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 26. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofs in Rixdorf aus statt.

Das Wirtschaftsjahr 1908.

Schon den Morgen des Jahres 1908 begrüßten wirtschaftliche Sorgen schwerer Art. Die in Amerika zuerst akut gewordene Wirtschaftskrise hatte ihre Wellenschläge auch bereits nach Deutschland geworfen. Nun, am Abend des laufenden Jahres, blicken wir zurück auf eine durchaus unerfreuliche Entwicklung. Deren charakteristische Merkmale sind: relativer und absoluter Rückgang der Produktion, Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt und ungewöhnlich hoher Preisstand für Industrieerzeugnisse und Agrarprodukte. In den hohen Lebensmittelpreisen kommt, unterstützt von den Wetzungen verhältnismäßig ungünstiger Weltmärkte, für unsere Großgrundbesitzer der Segen der erhöhten Agrarzölle in Erscheinung. Und während frühere Krisen begleitet waren von einem ziemlich allgemeinen Rückgang der Warenpreise, erweitert sich mit der Kartellierung in der Industrie der Komplex von Erzeugnissen, für welche auch in der Zeit wirtschaftlichen Niederganges das erlangte Preisniveau behauptet wird; jedenfalls bleiben die vorgenannten Rückschlüsse hinter den während der Konjunkturperiode erzielten Aufschlüssen zurück. Ganz markant ist diese Tendenz bei der Bewegung der Kohlenpreise nachweisbar. Das rheinisch-westfälische Kohlenbündnis wurde im Jahre 1883 gegründet. Der Hoch seines Auslebentrends war, die Preise der von ihm beherrschten Produkte zu heben. Das geschah zunächst etwas zögernd, dann energischer während der vorletzten Hochkonjunktur. Der wirtschaftliche Rückschlag brachte ab 1902 eine geringe Preisermäßigung, die aber durch die Preiserrhöhungen während der letzten Aufwärtsbewegung weit überholt worden ist. Und die jetzt vom Syndikat beschlossenen Preisermäßigungen bringen und nicht wieder auf das Preisniveau der vorigen Krise zurück; trotz der für 1909/10 zu erwartenden Rückschlüsse bleibt der Preisstand der vorletzten Hochkonjunktur noch übertroffen. Die nachstehende Zusammenstellung von Syndikatspreisen diene als Beweis. Es notieren pro Tonne in Mark:

Table with 7 columns: Year (1898/99 to 1908/09) and rows for different types of coal (Fettkohlen, Braunkohlen, etc.) and prices.

Die für 1909/10 festgelegten Preise sind trotz der vorgenommenen Reduktion fast ausnahmslos immer noch höher als die Höchstpreise der vorletzten Hochkonjunktur. Auf denselben Pfaden wie das Kohlenbündnis wandeln mit ihrer Preispolitik auch die anderen Produzentenvereinigungen. Daher jetzt auch die lebhaften Klagen der reinen Arbeiter über die Preispolitik der Holz- und Papierproduzenten. Das Mittel zur Durchsetzung solcher Preispolitik ist die Ausschaltung der freien Konkurrenz, in Verbindung mit organisierter, qualifizierter Produktionsbeschränkung. Die Vertreter der Preisführerschaft — Gegner der Produktionsorganisation sind auch wir nicht — nennen das Kartellierung und sprechen das als ein Mittel an, um Krisen zu verhindern oder doch mindestens abzumildern. Wir sehen aber eine gegenteilige Wirkung! Krisen sind Begleiterscheinungen der Weltwirtschaft und die ganz notwendigen Folgen einer über die Absatzmöglichkeiten hinausgetriebenen Vermehrung der Produktionsmittel als Ausfluß kapitalistischer Expansionsbedürfnisse. In Deutschland haben zur Verschärfung der Krise innerpolitische Verhältnisse zweifellos beigetragen. Die durch das persönliche Regiment ausgelösten Rißstimmungen unterbanden einmal die Unternehmungslust, bereiteten ferner dem Absatz deutscher Erzeugnisse auf dem Weltmarkt vermehrte Schwierigkeiten. Bedeutungsvoller war die Wirkung der neuen Handelsverträge; und was besonders wichtig ist: diese Wirkung ist nicht schnell vorübergehender Natur; sie wird vielmehr in den nächsten Jahren wahrscheinlich an Intensität noch gewinnen. Die Erhöhung der deutschen Agrarzölle trieb die Preise der Lebensmittel hinauf; die Kaufkraft des Geldes sank. Die große Masse konnte den für die Ernährung erforderlichen Mehrbetrag nicht für Industrieerzeugnisse ausgeben. Der dadurch hervorgerufene Minderverbrauch wird nicht durch Konsumsteigerung aus landwirtschaftlichen Kreisen aufgehoben und wirkt daher verschärfend auf die Krise. Das Nahrungsmittel exportierende Ausland sah in der Erhöhung unserer Agrarzölle eine Schädigung seiner Interessen, die es durch Erhöhung seiner Industriezölle auszugleichen suchte. Das erschwerte natürlich den Absatz deutscher Industrieerzeugnisse in vielen Ländern, was wiederum die Krise bei uns nachhalliger gestaltete. Teilweise hat die Entwicklung der Preisverhältnisse deutsche Fabrikanten schon veranlaßt, ihre Unternehmungen in das Ausland zu verlegen. Das wird in der nächsten Zeit leider wohl in noch größerem Umfang geschehen. Nicht von der Hand zu weisen ist, daß auch dieses Moment den Grad des wirtschaftlichen Rückganges bei uns sehr ungünstig beeinflusst. So geben die allgemeinen, im kapitalistischen System beruhenden Ursachen, in Zusammenwirkung mit den besonderen innerpolitischen Verhältnissen, der Wirtschaftskrise Umfang und Tiefe. Wie fest verankert in dem Gesamtkomplex der Bestimmungsfaktoren die Krise liegt, zeigt die Tatsache, daß die mittlerweile eingetretene Erleichterung am Geldmarkt nicht nur keine Belebung gebracht hat, sondern nicht einmal ein noch weiteres Hinabgehen der Konjunkturkurve verhindern konnte. Daß mit der Spannungslösung am Geldmarkt der Beginn eines neuen wirtschaftlichen Aufschwunges geboren werde, hatten bürgerliche Rationalisten als zweifellos vorausgesetzt. Danach müßten wir schon wieder hochkonjunktureller Betriebsamkeit und erfreuen. Der

Disfont der Reichsbank, der im Jahresdurchschnitt 1908 6,16 Proz. und für 1907 6,03 Proz. betrug, ist seit Juli dieses Jahres auf 4 Proz. zurückgegangen. Dieser Satz hält sich um mehr als 50 Proz. unter dem des vorjährigen November, der mit 6,57 Proz. die zweithöchste im Vorjahre erreichte Stelle einnimmt. Daß die Diskontermäßigung eine bemerkenswerte Belebung ausgelöst hat, wird niemand ernsthaft behaupten wollen. Gerade im letzten Halbjahr hat vielmehr die Krise in Deutschland empfindliche Verschärfung erfahren. Wie sich die Verhältnisse im allgemeinen verändert haben, kann hier naturgemäß nicht eingehend geschildert werden, nur einige große Umrisse sollen der Entwicklung Gang und des Wirtschaftsbildes augenblickliche Form und Gestalt veranschaulichen. Zunächst hier eine Betrachtung des

Arbeitsmarktes.

Nach den Angaben der an den „Arbeitsmarkt“ angeschlossenen öffentlichen Arbeitsnachweise entfielen auf je 100 offene Stellen im November Arbeitsuchende:

Table with 6 columns: Year (1908, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908) and rows for total unemployed and specific categories.

Danach hat die Lage am Arbeitsmarkt ganz ungewöhnliche Verschlechterung erfahren. Das Gleiche wird bestätigt durch die Angaben der im „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Anzeigenstellen, die ungefähr ein Fünftel aller reichsgesetzten Anzeigenstellen ausmachen. Jene Stellen hatten am 1. Novbr. dieses Jahres 72.153 Personen weniger als am gleichen Tage des Vorjahres vermeldet; die Vergleichung nach dem Termin 1. Dezember ergibt für 1908 ein Minus von 84.965 Verkäuferten. Und das, trotz der Zunahme

der Bevölkerung um annähernd eine Million Köpfe! In den vorstehenden Zahlen prägt sich die fortschreitende Verschlechterung am Arbeitsmarkt aus. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme ergeben Berechnungen, die das „Reichsarbeitsblatt“ angestellt hat, in den einzelnen Monaten dieses Jahres im Vergleich mit den vorjährigen Vergleichszeiten folgende Zunahmen (+) respektive Abnahmen (-) für den Gesamtmitgliederbestand: Februar + 7485, März + 8010, April - 24.623, Mai - 93.478, Juni - 77.243, Juli - 94.783, August - 122.654, September - 133.729, Oktober - 125.597, November - 184.162, Dezember - 146.905. Kein Zweifel, die Erwerbsgelegenheit hat sich im Laufe des Jahres ganz außerordentlich verschlechtert. Leider ist neben der dadurch bedingten Einkommensverminderung eine solche auch als Folge von direkten Lohnkürzungen zu verzeichnen. Viele Einzelmitteilungen über Abfordrungen bestätigen das. Die ungünstige Einwirkung dieses Momentes auf die Lebenshaltung wird unangenehm verschärft durch die Nahrungsmittelsteigerung. Es kostete z. B. im Oktober Mark:

Table with 6 columns: Year (1901, 1903, 1905, 1907, 1908) and rows for various food items like Roggen, Weizen, etc.

Die Großhandelspreise verstehen sich nach den Ermittlungen der Berliner Kaufmannschaft, die Wrotpreise nach den Angaben des Berliner Statistischen Amtes. Wenn auch die Großhandelspreise die exorbitante Höhe des Vorjahres verlassen haben, so ragen sie doch noch weit über den Stand der Vorjahre hinaus; und die Wrotpreise büßten von dem ganz ungewöhnlich hohen Preisstande des Vorjahres fast gar nichts ein. Sie stehen um circa 20 resp. 23 Proz. über dem Niveau der Vorjahre. Schon daraus ergibt sich, daß die Verminderung des Einkommens eine empfindliche Einschränkung in der Lebenshaltung bedingt. Um so mehr, als sich für noch eine Reihe von Lebensmitteln die Preise zu Ungunsten der Konsumenten verändert haben. So kostete Ochsenfleisch pro 50 Kilogramm im Oktober dieses Jahres 60 M. gegen 68 M. im Vorjahre; der Preis für Kalbfleisch für das gleiche Quantum von 123 auf 127 M. hinauf; Zerkleinertes Fleisch von 116 auf 118 M.; Baumwolle erzielte eine Steigerung von 83 auf 105 M. Im Kleinhandel blieb der Preis für Schweinefleisch unverändert, für Hammelfleisch trat eine Verteuerung von 6 Pf. pro Kilogramm ein usw.

Der Warenvertrieb sieht nun leider, wie die Ziffern der Arbeitsmarktsstatistik erkennen lassen, eine Verminderung der Erwerbsgelegenheit gegenüber. Der Beschäftigungsgrad in den Hauptgewerben und die Produktionsweise bilden weitere Beweise für diese unerfreuliche, die soziale Lage der breiten Masse verschlechternde Tatsache. Auch in den industriellen

Neugründungen

prägt sich der wirtschaftliche Niedergang aus. Nach den Zusammenstellungen der „Frankfurter Zeitung“ ergeben sich für die letzten drei Jahre folgende Neugründungen:

Table with 4 columns: Year (1906, 1907, 1908) and rows for monthly and annual new establishments.

Selbstverständlich ist auch der

Außenhandel

Deutschlands von der Krise beeinflusst worden. Aber man kann keine bestimmten Entwicklungslinien als untrügliche Merkmale einer Hochkonjunktur oder ihres Gegenpols ansprechen. Exportsteigerungen sowohl als auch Ausfuhrrückgänge können Folgen günstiger Wirtschaftsverhältnisse sein; ebenso gut kann allein das Abflauen der Nachfrage auf dem Inlandmarkt verjährte Ausfuhr veranlassen; schließlich ist noch die Kombination möglich, daß trotz großer Krisis im Inlande, eine Exportsteigerung nicht möglich ist, weil auch der Außenmarkt verjährte Aufnahme verweigert. Jedenfalls ist es ein ungünstiges Zeichen, wenn die Ausfuhr der im Inlande erzeugten Rohmaterialien wächst und die der weiter verarbeiteten Artikel zurückgeht. Der deutsche Gesamtaußenhandel hat der Menge nach im laufenden Jahre bei der Einfuhr einen Rückgang, bei der Ausfuhr einen kleinen Aufstieg zu verzeichnen. Es betrug in den ersten 11 Monaten

1907 1908

Table with 2 columns: Year (1907, 1908) and rows for total import and export.

Die Einfuhr ging um rund 5 Millionen Tonnen zurück; die Ausfuhr weist ein Plus von circa 1/2 Millionen Tonnen auf. Im Spezialhandel ergeben sich für die ersten 11 Monate dieses Jahres im Vergleich mit der Parallelzeit des Vorjahres u. a. folgende charakteristische Verschiebungen: die Einfuhr von Steinkohlen sank von 12 1/2 Millionen Tonnen auf 10 1/2 Millionen Tonnen; gleichzeitig schnelle die Ausfuhr von 18 Millionen Tonnen auf 19 Millionen Tonnen hinauf. Von 401.773 Tonnen auf 238.003 Tonnen ging die Einfuhr von Rohseifen zurück. Die Ausfuhr in diesem Artikel blieb mit etwas über 1/2 Million Tonnen stabil. Dagegen ist die Ausfuhr von Rohlappen, Rohschienen, Rohblöcken usw. von 228.263 Tonnen auf 309.576 Tonnen gestiegen; die unbedeutende Einfuhr wuchs von rund 7000 Tonnen auf rund 8000 Tonnen. In der Einfuhr von Trägern zeigt sich ein Rückgang von 1902 auf 708 Tonnen; die Ausfuhr ging von 361.484 Tonnen auf 263.874 Tonnen zurück. Die Verschiebungen, die sich für Textilprodukte im Außenhandel ergeben haben, werden nachgewiesen. Die Abnahme in der Güterbewegung hatte für die preisgünstigsten Eisenbahnen in den ersten 11 Monaten dieses Jahres gegenüber der Parallelzeit 1907 eine Mindereinnahme von rund 34 Millionen Mark zur Folge.

Von der Krise ist außerordentlich schwer das

Saugewerbe

in Mitleidenschaft gezogen. Schon im Vorjahre war die Bautätigkeit ziemlich flau; die Ungunst für dieses Gewerbe hat sich im laufenden Jahre noch bedeutend verschärft. Nach Aufzeichnungen des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf ist im ersten Halbjahr 1908 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres die Zahl der neuentstandenen Wohnungen zurückgegangen: in Wannen von 626 auf 307, in Stragburg von 506 auf 281, in Essen von 1242 auf 1076, in Bremen von 1047 auf 803, in Magdeburg von 749 auf 270, in Breslau von 1510 auf 1192, in Eberfeld von 189 auf 86, in Posen von 357 auf 259, in Leipzig von 820 auf 764 und in Königsberg von 686 auf 506. Nur wenige Städte weisen gegen 1907 eine etwas stärkere Bautätigkeit auf. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Berlin ist hier, allein in der Zeit von März bis September, die Zahl der neu fertiggestellten Zimmer von 15572 im Jahre 1906 auf 13.288 im Jahre 1907 und auf 8307 im laufenden Jahre zurückgegangen. Betrachten wir nun die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, dann hat, an der Quantität der Erzeugnisse gemessen, die

Kohlenindustrie

bisher unter der Krise noch verhältnismäßig wenig gelitten. In den ersten 11 Monaten dieses Jahres erzielte das Rheinisch-Westfälische Kohlenbündnis einen rechnermäßigen Abstoß von 58 1/2 Millionen Tonnen gegen rund 57 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ganz anders sieht das Bild aus, wenn man die Förderung unter dem Gesichtswinkel der Verteilung würdigt. Infolge der wachsenden Absatzschwierigkeiten sah sich das Syndikat veranlaßt, für das laufende Jahr Förderungsbeschränkungen in folgendem Umfang anzuordnen:

Table with 4 columns: Month (Januar-Februar, März, April, etc.) and rows for different types of coal (Kohlen, Koks, Bräunkohle).

Die amtlichen Nachweisungen über die Kohlenproduktion in Deutschland ergeben diese Vergleichsziffern:

Table with 4 columns: Year (1907, 1908) and rows for different types of coal (Steinkohlen, Braunkohlen, Koks).

Die Kohlenförderung hat demnach in dieser Zeit noch um rund 9 Millionen Tonnen zugenommen; trotzdem ist infolge des Minderbedarfs der Eisenindustrie die Kohlerzeugung um 351.763 Tonnen zurückgegangen. Nicht nur relativ, sondern auch absolut hat die

Eisenindustrie

abgenommen. Für die ersten 11 Monate dieses Jahres beträgt der Rückgang gegen das Vorjahr über 1 Million Tonnen oder annähernd 10 Proz. Die folgende Zusammenstellung zeigt die Vergleichung der diesjährigen mit der Erzeugung der gleichen Zeit der Vorjahre. Menge in 1000 Tonnen:

Table with 6 columns: Year (1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908) and rows for different types of iron products.

Der ziemlich starke Aufstieg seit 1902 ist plötzlich unterbrochen. Und auch in der Weiterverarbeitung ist ein Rückschlag eingetreten. Das beweist der Versand des

Stahlwerkverbandes

in seinen Gesamtprodukten A. In den ersten 11 Monaten betrug nämlich der Versand in 1000 Tonnen:

Table with 3 columns: Year (1906, 1907, 1908) and rows for different types of steel products.

Gegen das Vorjahr ergibt sich ein Mindererfordernis von rund 8 Proz. Im November dieses Jahres ist der Versand gegen den des November 1906 gar um 26 Proz. zurückgefallen. Eine sehr unglückliche Gestaltung haben im laufenden Jahre die Verhältnisse in der

Textilindustrie

erfahren. Das tritt schon in der Versorgung des Inlandes mit Rohstoffen und in der Ausfuhr von Erzeugnissen in Erscheinung. Ein Vergleich mit dem Vorjahre für die Zeit vom Januar bis Oktober gibt diese Zahlen:

Table with 4 columns: Year (1907, 1908) and rows for different types of textile products.

Der Inlandsverbrauch an Rohstoffen ist demnach um 778.377 Doppelzentner, gleich 10,55 Proz., zurückgegangen. Damit in unerfreulichem Einklang steht der Rückgang der Ausfuhr an Textilsergeen. Der Export ist zurückgegangen bei Baumwollgarnen von 455.655 Doppelzentner auf 405.603 Doppelzentner, bei Wollewaren von 286.219 Doppelzentner auf 260.483 Doppelzentner, bei Seidenwaren von 89.345 Doppelzentner auf 75.360 Doppelzentner, bei Leinen usw. Waren von 103.401 Doppelzentner auf 70.096 Doppelzentner, bei Kleibern, Weltwaren usw. von 89.137 Doppelzentner auf 78.618 Doppelzentner und bei künstlichen Blumen, Schirmen, Schuhen usw. von 15.216 Doppelzentner auf 13.033 Doppelzentner. Einer günstigen Entwicklung trotz der Krise erfreute sich die

Elektrizitätsindustrie

Was sie vielleicht im Inlande einbüßte, das holte sie reichlich durch Ausfuhrsteigerung wieder ein. Dem Werte nach betrug die Ausfuhr (für 1907 in Klammern) in den ersten 10 Monaten: Dynamomaschinen 28 Millionen Mark (17 Millionen Mark), Leitungsfabel 45 Millionen Mark (38 1/2 Millionen Mark), Glühlampen 11 1/2 Millionen Mark (6 1/2 Millionen Mark) und Vorrichtung für Beleuchtung 21 1/2 Millionen Mark (15 Millionen Mark). Auch die chemische Industrie hat von der Krise noch nicht sehr viel veripart; die anderen Gewerbe dagegen litten fast ausnahmslos mehr oder minder stark unter der Krise lähmendem Einfluß. Unter der Verhältnisse Ungunst haben jedoch bisher die

Dividendenausschüttungen

wenig oder gar nichts eingebüßt. Nach den durch das Zentralhandelsregister von Januar bis Oktober veröffentlichten Bilanzen ergeben sich für die Aktiengesellschaften der Hauptgewerbe folgende Durchschnittsdividenden:

Table with 3 columns: Year (1906/07, 1907/08) and rows for different types of industries (Bergbau, Eisenindustrie, etc.).

Ob die nächstjährigen Dividendenerklärungen für die Aktionäre das gleiche freundliche Gesicht zeigen werden, ist allerdings fraglich. Durchaus zufrieden dürfen mit der Gestaltung der Dinge die

Agrarier

sein. Die Bölle auf landwirtschaftliche Produkte sichern ihnen exorbitant hohe Preise, und dazu war ihnen das Glück hold in Gestalt einer reichen Ernte. In den letzten vier Jahren brachte die Ernte u. a. folgende Erträge:

Table with 4 columns: Year (1905, 1906, 1907, 1908) and rows for different types of crops (Roggen, Weizen).

Die günstige Ernte in Verbindung mit den hohen Preisen garantiert den Konsumproduzenten Einnahmen, die über die reichen Erträge dieses Jahres noch weit hinausgehen.

Ziehen wir aus den Tatsachen und Verhältnissen die Bilanz, dann ergeben sich folgende Resultate: das Wirtschaftsjahr 1908 hat den Agrariern reiche Erträge geliefert und für 1909 glänzende Aussichten eröffnet; das industrielle Kapital erlebte sich noch des Genusses einer Hochkonjunkturperiode, aber es wird sich für das nächste Jahr wohl mit etwas weniger Belieben müssen; für die breite Masse des Volkes, für die Arbeiterklasse jedoch brachte das zu Ende gehende Jahr Verschlechterung der Erwerbverhältnisse und der Lebenshaltung und läßt den Ausblick auf noch trübere Zustände im nächsten Jahr.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg:

Die neue Lokalliste erscheint Anfang Januar. Wir erlauben daher, alle Verwendungen bezgl. Neuaufnahmen bis spätestens Sonntag, den 27. Dezember, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Darsch, NW. 23, Lessingstraße 32.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Scharnhorststraße 47.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 50, Urbanstraße 30.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 34, Strahmannstraße 20.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Dahnisch, O. 54, Auguststraße 61, Duergerb. part.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 58, Kiedermünder Straße 17, II.

Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenhalsstraße 24.

Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Kohn, Rixdorf, Selchower Straße 15-16, IV.

Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen August Paris, Velten, Luisenstraße 17.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Am das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Angelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokallistenverzeichnissen der Lokalkreise so oft gesagten Beschlus hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 27. Dezember einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Angelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Bergungen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:
Richard Henschel, Berlin N. 58, Kiedermünder Straße 17, II.

Ober-Schöneweide. Die Weihnachtsfeier des Wahlvereins findet am ersten Feiertag abends 8 Uhr im Wilhelmshof statt. Das Programm ist ein vorzügliches und wird nochmals auf die im Orte ausgehängten Plakate hingewiesen. Der Eintritt kostet 50 Pf. Da keine öffentlichen Kasse stattfindet, müssen die Billets vorher gekauft werden.

Klosterhof. Die Genossinnen und Genossen, welche sich zum Austritt aus der Landeskirche gemeldet haben, werden ersucht, sich am Montag, den 28. Dezember, vormittags 1/2 9-9 Uhr, im Lokal des Herrn Kaul, Bismarckstr. 18, persönlich einzufinden.

Nowawes. Am ersten Weihnachtsfeiertag, mittags 1/2 12 Uhr, veranstaltet der Wahlverein im Lokal des Genossen Singer, Preislerstraße 31, eine Matinee, in welcher das Berliner Ill-Trio mitwirkt. Programm im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 50 Pf. Es wird ersucht, daß die Genossen lebhaft für diese Veranstaltung agitieren.

Berliner Nachrichten.

Matineen

finden wie in den Vorjahren auch in diesem Jahre an den Weihnachtsfeiertagen statt. Die Komitees der einzelnen Wahlkreise haben die Veranstaltungen so eingerichtet, daß den Parteigenossen mit ihren Angehörigen für ein verhältnismäßig geringes Eintrittsgeld einige angenehme Stunden an den Feiertagen in Aussicht gestellt werden können. Die Arrangements der Wahlkreise finden wie folgt statt:

Zweiter Wahlkreis. Freitag, den 26. Dezember 1908 (erster Weihnachtsfeiertag): Sinterfest in den Gesamträumen der Viktorbrauerei, Ruhowstr. 111/112. Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent: Maximilian Fischer). Solisten: Fräulein Emma Strauß (Sopran), Herr Fr. Seibel (Mollin), Herr Fr. Große (Tenor). Nach der Vorstellung: Ball. Herren zahlen 50 Pf. nach. Anfang 9 Uhr. Abendrode 10 Pf. Eintritt 30 Pf.

Sonnabend, den 27. Dezember 1909 (zweiter Weihnachtsfeiertag): Große Matinee im großen Saale von Altem, Hofenstraße 15-15. Mitwirkende: Apollo-Sänger, Herren: Paul Chorton, Karl Sandmann, Arthur Steine, Hugo Just, Emno Kaldorf, Hermann Wehling, Hans Verant und Willy Koltano, am Klavier: Herr Arthur Steine. Eintritt 30 Pf. Anfang 12 Uhr.

Dritter Wahlkreis. Sonnabend, den 28. Dezember (dritter Weihnachtsfeiertag): Große Matinee im großen Saale von Altem, Hofenstraße 15-15. Mitwirkende: Apollo-Sänger, Herren: Paul Chorton, Karl Sandmann, Arthur Steine, Hugo Just, Emno Kaldorf, Hermann Wehling, Hans Verant und Willy Koltano, am Klavier: Herr Arthur Steine. Eintritt 30 Pf. Anfang 12 Uhr.

Vierter Wahlkreis. Sonnabend, den 29. Dezember 1908 (zweiter Weihnachtsfeiertag): Zwei große Matineen in Louis Kellers Festhallen (Inhaber: Freyer), Kopenstraße 29, unter Mitwirkung der Lieberhäuserin Fräulein Marianne Meyer und des Regitators und Dialektkomponisten Herrn Otto Birmer; im Konzerthaus Sausouci, Kottbuser Straße 6, Konzert unter Mitwirkung der Gesellschaft „Sitzelwitz“. Anfang präzis 12 Uhr. Billets 20 Pfennig. Da offene Kasse nicht stattfindet, bitten wir die Mitglieder, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen.

Der sechste Wahlkreis hat seiner Einbeziehung entsprechend neun Matineen arrangiert. Dieselben finden am Sonnabend, den 29. Dezember (zweiten Weihnachtsfeiertag) in folgenden Lokalen statt: Berliner Theater, Kastanienallee 7-9; Praveres Brotgerian, Scharnhorstallee 130; Ballspielers Etablissement, Badstraße 16; Brannen-Theater, Badstraße 33; Joleph Franke Festhalle, Badstraße 9; Germania-Säle, Gauselstraße 110; Proletarische Nordwest, Wilschtr. 24; Wagenhof, Gauselstr. 25/26; Oebe. Franz Festhalle, Köpenicker Straße 8. Mitwirkende: Original-Hamburger Sänger. — Gesellschaft Willy Schumann. — Berliner Ill-Trio. — Elite-Sinfonieorchester (Direktor: Fritz Blume). — Berliner Volkslied-Gesellschaft Max Schneider. — Berliner Volkslied-Gesellschaft. — Paul Mantens Lustige Sänger. — Volksliedergesellschaft Scharnhorst. — Volksliedergesellschaft Hugo Anle. — Warrische Künstlerkapelle. — Jean Margarte Ballotte. — Konzertsängerin Fräulein

Meyer. — Professor Krüger-Rustedt. — Konzertmeister W. Nische. — Regitator Willy Nische. — Gesangsvereine: Gleichheit, Nordwest. Vereinte Sangesbrüder Moabit. Lieberlust II. (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes). — Pflanzmusikanten. — Turnerische Auführungen. (Mitglieder des Arbeiter-Angelienbundes.) Entree 25 Pf. Anfang 12 Uhr.

Billets sind bei den Bezirksführern zu haben. Zu den Matineen bei Franke und im Brannen-Theater in der Badstraße sind Billets außerdem bei den Restaurateuren Otto Bahmann, Badstraße 14, Ede Grünthaler Straße, und bei Gerhard Steffens, Badstraße 18, zu haben.

Die Bezirksführer der 9., 10. und 11. Abteilung werden ersucht, die nicht abgelegten Matineebillets zum zweiten Feiertag bei ihren zuständigen Abteilungsleitern bis spätestens am ersten Feiertag zurückzugeben. Billets zur Matinee am zweiten Feiertag im „Köpenicker Hof“, Köpenicker Straße 8, sind bei den Genossen Pelzer, Wiesenstraße 29, Sauerweier, Raststraße 10, Kiez, Jochmannstraße 8, zu haben.

Weihnachten auf dem Kirchhof.

Weit hinaus vor die Tore der Stadt führte mich mein Weihnachtsweg, nach den Massengräbern der Großstadtarmut. Grau in grau getaucht, Schnee oder Nebel verhüllend, lag der Himmel über dem mächtigen Leichenfelde, aber die Menschen kamen und gingen. Keine Laufende waren es, wie bei der großen Wallfahrt am Totensonntag. Doch der Schmutz der Gräber legt bereites Zeugnis ab, daß gar viele in den letzten Tagen den weiten Weg nicht scheuten und auch zu Weihnachten ihrer Toten pietätvoll gedachten. Zu Bergen türmen sich kostbare Kranzspenden auf den Hügel, die mit des Lebens Gütern gesegnet waren. Nur ein verhältnismäßig kleiner Bezirk ist es gegenüber den ungeheuren, trostlosen Flächen, unter denen in Reih und Glied, noch im Tode als „Nummer“ betrachtet, die Enterteten des Glücks vom Daseinskampfe antreiben. Links und rechts vom Wege der ersten Armenleichenfelder stehen inmitten der Grabreihen zwei mächtige, wohl an vier Meter hohe Tannen, von unten bis oben mit bunten Papierrosen besetzt. Sollte die Stadt Berlin hier den toten Proletariern einen Weihnachtsbaum geschenkt haben? Einen Kirchhofarbeiter frage ich, aber verduht sieht der mich an und bleibt mir die Antwort schuldig. Weiter, immer weiter geht's an ungezählten Tausenden von Armenleichen vorbei. Will denn dieses fürchterliche Totenhaus kein Ende nehmen? Und da und dort sehe ich wieder Zeichen der Liebe, kleine Bäumchen mit bunten Blumen und oft nur Tannenzweige, Loh über die jämale letzte Ruhestatt gestreut, von der sorgenden Hand der lebenden Armut. Man muß gut bescheid wissen hier draußen. Wie das Massengrab in der Weststadt nach der Schablone gezeichnet ist, so gleichen sich auch die Massengräber. Drohenden Häuten ähnlich recken sich die schwarzen Pfähle mit der weißen Nummer im Zweifelsfall der Dämmerung aus dem Boden. Mühsamlos muß der Fuß des Lebenden über Leichen gehen, um sein Ziel zu erreichen. Still lege ich mein grünes Weihnachtsgebilde um das einzige armelige Zeichen, daß hier ein Mensch ruht, dem ich im Leben so viel verdanke, werde einen schmerzvollen Blick über die schaurige Stätte, wo ein Meer von graulichem Unglück in ein Nichts versunken ist, und pilgere zurück nach der Weststadt, die die Toten so schnell vergißt und sich anschlief, in vollen Zügen die Freuden des Weihnachtsfestes zu genießen. . . .

Ueber die Berliner städtische Leichenverbrennung

macht Stadtrat C. Friedel im „Berliner Lokal-Anzeiger“ interessante Mitteilungen. Einleitend bemerkt er, daß auch die großen kommunalen Behörden Bestrebungen der salustischen Leichenverbrennung jetzt ernsthaft ihre Aufmerksamkeit widmen müssen, nachdem der Evangelische Oberkirchenrat sich mit dieser wichtigen Angelegenheit seit längerer Zeit von Amteswegen befaßt. Doch das Oberkirchenrat, der Vizepräsident dieser obersten kirchlichen Behörde, noch kürzlich geäußert, daß eine gezielte Regelung der Feuerbestattung in Preußen unmittelbar bevorstehe. Herr Friedel bejaht nun die Frage, ob die Stadtgemeinde Berlin für den Fall der Einführung der salustischen Feuerbestattung gehödig gerüstet sei, und spricht schon von praktischen Versuchen, die in dieser Beziehung während der letzten Monate bei dem städtischen Verbrennungsofen in der Dieselstrasse angestellt worden sind. Bekanntlich wurden vier früher nur leere Leichenteile, also amputierte Arme und Beine sowie innere menschliche Organe, eingeschickt. Diese Einäscherung geschieht entsprechend dem Krankenhausmaterial der Zivilkassenspital gleich massenhaft in langen, niedrigen, mit Chlor gesättigten Gefäßen. Vor Jahresfrist hat es indes die königliche Charitéverwaltung beim Kultusministerium durchgesetzt, daß auch solche „Charitéleichen“, um deren Begräbnis sich kein Angehöriger kümmert, verbrannt werden dürfen, und sie hat nach Friedels Angabe diese Verfügung so weitlich bemerkt, daß innerhalb des laufenden Jahres Hunderte von Särgen mit Anatomieleichen aus der Charité städtischerseits dem Feuer überliefert worden sind. Daß es niemals sogenannte Individualleichen waren, sondern freis Körper, denen infolge der Sezierung erhebliche Bestandteile fehlten, also meist vollständig zerlegte Leichenteile, spielt für die Bedeutung der Sache keine Rolle. Während man sich also um die Einführung der salustischen Feuerbestattung noch herumstrickt, haben wir bereits eine behördlich eingeführte obligatorische Leichenverbrennung, und zwar in nicht geringem Umfange. Die Sachverständigen für die Reformierung von Bestattungswesen sind natürlich wieder die Armen, deren Leichnam als staatliches Gemeingut betrachtet wird. Die neuesten Versuche haben sich aber auch auf eingelagerte intakte Armenleichen erstreckt. So weiß Herr Friedel zu berichten, daß eine zwei Meter schwere Frauenleiche nach anderthalb Stunden und eine anderthalb Zentner schwere männliche Leiche schon nach 10 Minuten vollständig eingeschickert war. Die vierzig Pfund schweren Armenleichen brauchten dabei länger als die Leichenteile selbst, eine in allen Kreisläufen beobachtete Erscheinung. Jede Einäscherung erfordert neun Dekoliter Koks. Wasser und Rauch aus dem Schornstein sollen sich nicht bemerkbar gemacht haben. Auf diese Weise bestreift das städtische Bestattungswesen, täglich zehn Leichen Erwaerter über, die dreißig vierfache Anzahl Andererleichen ohne Schwierigkeiten einschicken zu können. Bei stärkerer Mannpragungnahme wird an derselben Stelle ein zweiter Verbrennungsofen errichtet werden. Sichtlich bemerkt Stadtrat Friedel, daß der Geizentwurf über die salustische Feuerbestattung nur die Erlaubnis der Leichenverbrennung für öffentliche Behörden vorsehe. Es sei demnach fraglich, ob die Absicht des Berliner Feuerbestattungsvereins, auch freiwillig Leichenverbrennungen in einem auf dem städtischen Friedhof an der Wollstraße zu errichtenden Krematorium vorzunehmen zu lassen, verwirklicht werde.

Vorläufig stellt sich die Leichenverbrennung auf städtische Kosten bei ganzen Körpern noch wesentlich teurer als die Massenverbrennung in Friedhöfen dar. Somit hätte man die „Verfäße“ wohl schon so weit ausgedehnt, daß der Verbrennungsofen für Proletariatskadaver täglich zum Wägen voll ist.

Die städtischen Kassen und Bureaus werden heute um 1 Uhr geschlossen.

Weihnachtsbäume. Erud für Stück 10 Pfennig. Eine ungewöhnliche Erscheinung bildet in diesem Jahre der Weihnachtsbaumhandel „im Umherziehen“, die zweifellos auf die großen Lagerbestände an Bäumen auf den Engrosmärkten zurückzuführen ist. Die Engrosbändler, die sich einzig waren, die Preise hochgehalten, fanden so wenig Absatz, daß sie jetzt mit erheblichen Überbeständen

rechneten und, um die Ware loszufügen, sie seit vorgestern zu jedem Preise loslagerten. Dies haben sich einige Unternehmer zunutze gemacht, welche mit hochgeladenen Fuhrwerken durch die Straßen Berlins zichen und die Tannen zum Ausführen Stück für Stück für 10 Pfennig verkaufen. Am gestrigen Tage wurde allerdings dieser Handel polizeilichsichtlich verpöndlich inhihiert, doch zogen sich die Händler, besonders in den Abendstunden, mehr nach dem Weichbilde Berlins zurück, um in den Verlechesstraßen der von den Arbeitstätten zurückkehrenden Bevölkerung zu dem oben genannten Preise die Bäume anzubieten. Aber obwohl die Weihnachtsbäume so billig wie noch nie abgegeben wurden, ließ der Verkauf zu wünschen übrig. Noch in der Nacht sah man die Kaufleute mit ihren hochgeladenen Wagen noch Hause fahren.

Tannenbaumbrände sind eine unangenehme, aber allgewohnte Plage der Weihnachtsfeierlage. Es gibt freilich ein paar Duzend Altrime, die stets zu solchen, die Festimmung fast verdrängenden Bränden führen. In der Regel liegt die Schuld an den betreffenden Familienmitgliedern selbst. Beim Ausschmücken des Baumes muß mit großer Sorgfalt darauf geachtet werden, daß die Lichter mindestens in handbreitem Umkreise völlig freistehen und besonders auch nach oben hin von den Tannenmodellen genügend weit entfernt sind. Je länger der Baum schon im warmen Zimmer steht, also je mehr er austrocknet, desto größer sollte die Vorsicht sein. Verat ein Baum in Brand und können die brennenden Nadeln nicht schnell genug mit der Hand oder mit einem Tuche ausgebrocht werden, so ist es völlig verfehlt, den Baum, wie es sehr häufig geschieht, noch Licht herunterzuwerfen. In solchem Falle muß der Brand natürlich auch auf andere Gegenstände der Wohnungseinrichtung übergreifen. Ein beherzter Anwesender muß den Baum unten am Fuß anfassen, in die Mitte des Stammes auf den Boden stellen und dort mit wenig Mühe und fast ohne Gefahr ablösen. Wiederholt sind durch Tannenbaumbrände ganze Zimmer ausgebrannt, so daß die Gefahr immerhin nicht gering anzuschlagen und es namentlich beim Feuerfangen größerer Räume stets rasch am ist, die Feuerwehre zu alarmieren. Damit aber die geplagten Feuerwehrmannschaften in ihrer Festimmung möglichst wenig gestört werden, ist, wie gesagt, schon bei Anordnung der Lichter dringend Vorsicht geboten. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf gewarnt, größere Teile des geplünderten Baumes mit einem Rate im Ofen oder in der Kochmaschine zu verbrennen. Die Nadeln enthalten starke Gase, die unter Umständen eine Explosion und damit eine Zerstörung des Ofens herbeiführen können.

Der Vorstand des Berliner Asylvereins für Obdachlose bittet seine Mitglieder und Freunde, die Beiträge für die Bildung ihrer Weihnachtsspenden an den Stadtmüller des Vereins, Herrn Alfred Hirschfeld, Berlin W., Kleiststr. 8, oder dessen Stellvertreter Herrn Dr. Paul Krons, Berlin W., Rauerstr. 24, zahlen zu lassen. Die Namen der Spender werden anfangs Januar veröffentlicht werden.

Geldspielautomaten haben in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch im Kontor der Berliner Konsumgenossenschaft am Grünen Weg 11 arg gekostet. Bei der Gelegenheit haben die Wachen etwa 1500 M. bares Geld erbeutet. Die Kriminalpolizei nahm die Verfolgung auf und ermittelte auch bald einen der Eindrehler, dem 500 M. wieder abgenommen und der Genossenschaft wieder eingehändigt werden konnten. Die Genossenschaft wird nicht geschädigt, da sie gegen Einbruch versichert ist.

Bekanntmachung betreffend die Geldspielautomaten. Die Beamten der Anklagebehörde bei den drei Berliner Landgerichten sind durch den Oberstaatsanwalt des Kammergerichts angewiesen worden, in Zukunft alle diejenigen Spielautomaten als Glücksspiele zu behandeln, an welchen sich mehrere Gewinnfähige befinden, die in der Reihenfolge mit Verschiedenen abwechseln, sofern die Möglichkeit besteht, daß das Zurückgehen bei dem Verfehlen eines Gewinnfadens durch Anspruch der Stüte, Röhre, Einfassungsschalen oder in irgend einer anderen Form abgeleitet und dadurch in ein anderes Gewinnfach geleitet wird; also denjenigen Gewinn, den es vermöge Geschicklichkeit und Verechnung des Spielers nicht einbrachte, durch das Warten des Zufalles einbringen kann. Gegen die Aufstellung aller Spielautomaten dieser Art, zu denen die weitläufigen meisten der gebrauchlichen Systeme zu rechnen sind, wird in Zukunft auf Grund des § 234 oder des § 236 des Strafgesetzbuchs Anklage erhoben werden. Die Polizeibehörden werden diesbezüglich angewiesen werden, vom 1. Januar 1909 ab eine Verhaftung aller dann etwa noch im Betriebe befindlichen Spielautomaten vorzunehmen und daraufhin entsprechende Anzeige zu erstatten. Die Frage, inwiefern auch der Betrieb anderer Spielautomaten als der beschriebenen Art in Zukunft als strafbar anzusehen sein werden, muß einzuweisen offen gelassen werden, bis sich eine bestimmte Judikatur der Gerichte ausgebildet haben wird. Da die Aufsteller von Spielautomaten noch vielfach in Unkenntnis über den Charakter der von ihnen betriebenen Spiele sein mögen, wird Vorstehendes zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Es ist somit allen denjenigen Personen, welche eine Anlage vermeiden wollen, Gelegenheit gegeben, den Betrieb der Automatenspiele selbst einzustellen. Der Polizeipräsident wendet sich hierbei besonders auch an die Angehörigen des Wals und Schanzengesandes unter dem Dummels, daß eine gerichtliche Beurteilung aus § 234 des Strafgesetzbuchs nicht allein eine Gefängnisstrafe nach sich zieht, sondern auch für die Frage der Erstellung und Verlesung der Beweiserlaubnis gemäß § 33 der Reichsgesetzordnung von Bedeutung sein kann.

In dieser Bekanntmachung des Polizeipräsidenten ist noch zu bemerken, daß es den Wächtern nur dringend zu empfehlen ist, alle Spielautomaten aus ihren Räumen zu entfernen. Es konnte trotz der vielen Klagen aus dem Publikum bisher nicht recht eingeschritten werden, da die Erkenntnisse der verschiedenen Gerichte aus verhältnismäßig angefaßten waren. Ein Reichsgerichtsurteil aber hat nunmehr festgestellt, unter welchen Verhältnissen ein Glücksspiel auch ein Glücksspiel sein kann, so daß man zur Formullierung der oben angeführten Bekanntmachung schreiten konnte.

Der Transport eines hilflosen Menschen wurde am Sonnabend in Charlottenburg in einer eigenartigen Weise bewerkstelligt. Mittags zwischen 1 und 2 Uhr war an der Ecke des Aufmarschplatzes und der Leibnizstraße ein Mann zusammengeknien. Seiner Kleidung nach zu urteilen, gehörte er zur Arbeiterklasse, vielmehr war er ein Arbeitsloser. Er lag auf der schmutzigen Straße an einem Baum und vermochte nicht, sich zu erheben. Was ihm fehlte konnte, war nicht sicher zu erkennen. Vorantun, die ihn liegen sahen, schritten darüber hin und her. Ein vorübergehender Arbeiter meinte, der sei offenbar vor Hunger und Entkräftung zusammengebrochen. Gutgemeinte Herkäufer, die es besser zu wissen glaubten, schälten darüber, daß der Mann sich so schwer betrunken habe. Wo sich Menschen sammeln, sammeln sich bekanntlich auch Schulkleute. Ihrer zwei waren bald zur Stelle, betrachteten den Hilflosen und erklärten dann gleichfalls, der sei betrunken. Sie hielten es aber für geboten, ihn wegzuholen. Ein Trostschlüssel, der ihn aufnehmen sollte, lehnte ab. Er fürchtete wohl für seinen Wagen, weil die Kleider des Mannes durch StraßenSchmutz beludelt waren. Die Schulkleute bereiteten einen Wagen, was da zu tun sei. In der Nähe fanden ein paar Straßenreiniger mit einer der bekannten Karren, in denen sie den Schmutz und Schlamm von der Straße aufzusammeln. Die Karre war gerade leer. Einer der Schulkleute wandte sich an die Straßenreiniger und verhandelte mit ihnen. Was er von ihnen wollte, entzieht sich unserer Kenntnis. Als die Unterredung beendet war, lud einer der Straßenreiniger den zusammengeknien Mann auf die Karre — und unter der fröhlichen Heiterkeit der gutgekleideten Zuschauer setzte der Transporter sich in Bewegung. Wir müssen es unentschieden lassen, ob es sich wirklich um einen Betrunknen handelte. Aber auch wenn er das war, so war er immer noch ein Mensch und zwar ein hilfloser Mensch. Wenn ein wohlhabender Mann, aus einer Weinstube nach Abolierung seines Frühstüppens heimkehrend, auf der Straße liegen geblieben wäre, würde da die Szene in allem denselben Verlauf genommen haben?

